

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 98

Febr./März 2020



Mobilitätsoffensive

INHALT

| | |
|---|----|
| Prüfung von Klimaschutzauswirkungen | |
| Stadtrat und Kreistag rufen Klimanotstand aus | 3 |
| Ein Schritt vor und zwei zurück | |
| „Celle ist eine Fahrradstadt“ - oder? | 5 |
| 100 Millionen Euro für 5200 Meter Autobahn | |
| „Eine richtig schicke Nummer“ | 6 |
| Flüchtlingsrat Niedersachsen kritisiert Landkreis Celle | |
| Abschiebung nach Afghanistan | 8 |
| Hölty-Gymnasium geht nach Hambühren | 9 |
| AKH-Gruppe - zusätzliche Kosten in Millionenhöhe | 10 |
| Kaum Verbesserungen durch Nahverkehrsplan | |
| ÖPNV – Zurück in die Zukunft? | 11 |
| Meldungen | 14 |
| Laternengespräche: Wir fahren, fahren, fahren | 16 |
| Der Krieg und seine Logistik: Defender 2020 | 18 |
| Besserwissis Anmerkungen zu Alltagslügen - diesmal | |
| Bundesregierung ruiniert Landwirte | 20 |
| AfD – Braune Flecken auf „weißen Westen“ | 23 |
| Eschede: Alle gegen die Nazis | 24 |
| Interview mit dem Kameramann Diethard Prengel | |
| „Heute ist die Kunst eher, Licht wegzunehmen“ | 26 |
| Food-Saving / Draw Down | 30 |
| Carola Rackete: Handeln statt hoffen | 31 |
| Kneipenquiz - superspannender Advents-Event | |
| Team MORLOCK nutzt Heimvorteil | 33 |
| Kino, Veranstaltungen & Konzerte | 34 |



Hallo werte Leser*innenschaft,

den Aufmerksamen unter euch wird aufgefallen sein, dass unser Rantanplan-Header einem Foto von Stan & Ollie weichen musste. Warum? Wir gratulieren dem Kino achteinhalb zum 25jährigen Jubiläum: Weiter so! (Damit schenken wir euch ein Ausrufungszeichen, das sonst nicht sooo oft den Weg ins Heft findet – unten nur im Zitat.)

Dass wir ansonsten immer noch in tiefer Trauer sind, haben wir dem BUND-Landesverband zu verdanken, der die letzte kleine Chance vergeben hat, die Autobahn durch das Allertal (genannt „Ortsumgehung“) zu verhindern. Wir kaufen gerade zu günstigen Gebraucht-Preisen die Plakate auf; ihr wisst: „*Wir haben die Schnauze voll! / BUND - Nein Danke / Weiterbau OSTUMGEHUNG – jetzt!!*“ Dann überkleben wir einfach das „jetzt“ durch ein „nein“. Upcycling.

Eigentlich sind wir uns sicher: Wenn ein Landrat namens Henning Otte (was die Wähler*innen bitte verhüten mögen) Ende der 2020er Jahre die Strecke freigibt, wird eine Mehrheit der Stadtgesellschaft die Hybris dieses Projekts durch bloße Anschauung begriffen haben. Leider wie so oft: Zu spät.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint Anfang Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock

Prüfung von Klimaschutz Auswirkungen

Es hat die Proteste der jungen Generation gebraucht, damit wenigstens Teile der Generation, die aktuell die politisch Handelnden stellt, beginnt zu begreifen, dass es um die Zukunft schlecht bestellt ist. Auch auf kommunalpolitischer Ebene ließen sich Ende letzten Jahres Kreistag und Stadtrat nicht lumpen: Mit Resolutionen bekannten sie sich zur Notwendigkeit, ihr Engagement in Klimaschutzfragen zu verstärken. Dass dem Bekenntnis wirksame Taten folgen, muss bezweifelt werden. Wissen und Handeln in Übereinstimmung zu bringen, dürfte so lange nicht klappen, wie die heilige Kuh des Wirtschaftswachstums nicht vom Sockel gestoßen wird.

Klima in Not - Klimaschutz in der Stadt Celle stärken

Die Stadt Celle entwickelt sich zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Kommune und leistet ihren Beitrag zum nationalen Klimaziel, bis 2030 den CO₂ Ausstoß um 55% im Vergleich zu 1990 zu senken. Klimaschutz wird als strategisches Ziel auf allen Ebenen mit hoher Priorität festgelegt und wird ein wichtiges Kriterium bei allen Entscheidungen. In allen kommunalen Handlungsfeldern sind unter Einbeziehung der kommunalen Unternehmen sämtliche Maßnahmen auf Energieeffizienz, Klimaneutralität und Nachhaltigkeit weiter zu optimieren incl. der engen Kooperation mit lokalen und überregionalen Akteuren.

Der Rat der Stadt Celle

- a) erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner gravierenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an und erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen global nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, wie es auch die Pariser Klimakonferenz 2015 fordert,
- b) wird ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei wichtigen Entscheidungen berücksichtigen und wenn möglich solche Lösungen bevorzugen, die sich positiv auf den Klimaschutz auswirken. Die Verwaltung möge in den Beschlussvorlagen neben den finanziellen Auswirkungen der Beschlüsse und den Auswirkungen zur Integration zukünftig auch die Klimaauswirkungen ausweisen,
- c) will die Nutzung Erneuerbarer Energien zur Wärme- und Stromerzeugung in kommunalen Liegenschaften einschließlich denen der WBG vorantreiben
- d) beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines lokalen Maßnahmenpaketes zur Ermittlung relevanter CO₂ Einsparpotenziale sowie mit der Anpassung des lokalen Klimaschutzkonzeptes
- e) bittet den Oberbürgermeister, dem Rat und der Öffentlichkeit zu berichten.

Trotzdem: Ab sofort muss sich jede kommunalpolitische Maßnahme auch an ihrer klimapolitischen Relevanz messen lassen. Und alle können dies einfordern, ohne gleich in die Ecke der Ökospinnerei gestellt zu werden. Aber genau das muss jetzt auch passieren: Der Kommunalpolitik auf die Finger schauen (und hauen).

In der Ratssitzung am 28.11.2019 beschloss der Stadtrat gegen die Stimmen der AfD-Fraktion eine Resolution mit dem Titel: „Klima in Not - Klimaschutz in der Stadt Celle stärken“ (siehe Kasten links).

Die Debatte zeigte – mit Ausnahmen – wie sehr Kommunalpolitiker*innen mit dem Thema „fremdeln“. Das muss nicht wundern. Kaum jemand (auch nicht in der Ratsfraktion von B '90 / Die Grünen) sitzt im Stadtrat, weil Klimaschutz ihr/sein prioritäres Anliegen war.

Christoph Engelen (SPD) ordnete die Resolution richtig ein. *„Den ökologischen Notstand auszurufen ist das Eine. Was wir dann danach tun ist das Entscheidende. Meinen wir es wirklich ernst, kann der Ausruf des Klimanotstands nur ein Anfang sein.“* Mit Anfang 40 eines der jüngeren Ratsmitglieder brachte er glaubhaft zum Ausdruck, dass er das Anliegen von Fridays for Future Ernst nehmen will.

Für die CDU-Fraktion sprachen Joachim Ehlers und Heiko Gevers. Ehlers verwies auf die Dringlichkeit auch kommunalen Handelns: *„Je länger wir nichts oder zu wenig tun, umso einschneidender und teurer werden dann die Maßnahmen. [...] Ohne wirksames Handeln in den Kommunen werden wir die Klimaziele nicht schaffen.“* CDU-Fraktionschef Gevers war realistischer, insoweit als er schon davon ausging, dass die Erderwärmung sogar für Deutschland, z.B. in der Landwirtschaft, Veränderungen hervorbringt und erforderlich macht. Deutschlands Rolle beschrieb er in Weiterentwicklung und Export von Technologien.

Für B '90/Die Grünen befand Bernd Zobel, dass die Resolution eine *„geeignete Plattform für engagierte Klimapolitik“* sei. Er kritisierte, dass der Celler Klimaschutzfonds bislang keine Photovoltaik-Projekte fördere.

Oliver Müller, Fraktionschef von Die Linke/BSG machte darauf aufmerksam, dass im lokalen Raum der Wärmesektor, der Gebäudesektor, der Verkehrssektor „auf die andere Spur“ gelenkt werden müsse. *„Leider haben wir – nicht nur in Celle, sondern in ganz Deutschland und auch der übrigen Staatenwelt – die letzten zehn Jahre verschlafen. Irgendwie dachten wir wohl, mit ein bisschen Kosmetik wird alles gut. Aber leider nein. Die Aufgabe ist nur Jahr für Jahr größer geworden.“* Ähnlich wie Heiko Gevers argumentierte er, dass die früh industrialisierten Länder eine besondere historische Verantwortung hätten, insoweit sie bisher den Hauptanteil

zu der katastrophalen Lage beigetragen haben: „Aber genau das versetzt sie – also uns – technologisch und hoffentlich auch gesellschaftlich in die Lage, jetzt voranzuschreiten, jetzt Lösungen für Regenerative Energien, für den Wärmesektor, für eine andere Mobilität zu finden.“

Wer von der AfD den formelhaften Zweifel am menschengemachten Treibhauseffekt erwartete hatte, sah sich getäuscht. Ratsfraktionschef Anatoli Trenkenschu stellte den „Globalisierungswahn“ und das „Weltbevölkerungswachstum“ als „wirkliche Ursachen für die Umweltzerstörung“ ins Zentrum seiner Ausführungen. Auch wer den einzelnen von ihm beschriebenen Phänomenen zustimmen könnte, sollte den Sound der Klage nicht übersehen: Alles Böse kommt von außen und den globalisierten Eliten. Trenkenschus Kollege Daniel Biermann gab den konservativen Umweltpolitiker: gegen Baumfällungen, gegen Neubaugebiete. Dagegen sei die Resolution „populistischer Wohlfühlaktionismus“.

Im Kreistag dagegen bedienten die Redner*innen der AfD ihre Fans mit der Leugnung des menschengemachten Treibhauseffekts. Der Kreistag hatte schon Ende Oktober mit einer Resolution den „Klimanotstand“ (Climate Emergency) ausgerufen, wichtigster Punkt auch hier: „Konkret wird mit der Ausrufung des Klimanotstandes zudem festgelegt, dass jegliches Verwaltungshandeln des Landkreises an den Gesichtspunkten des Klimaschutzes orientiert wird.“

Auf dem „1. Klimanotstandskongress“ Anfang November in Berlin stellte Prof. Bernd Hirsch vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der ersten Klimanotstandskommunen (KNK) vor. Wir zitieren hier nur kurz die Schlussbewertung:

„Die Beschlüsse der KNK weisen überwiegend substantiell mehr als reine Symbolik auf - wenn gleich bei vielen noch nicht alles mit dem Beschluss festgelegt ist. Einige Elemente wie die verpflichtende Prüfung aller kommunalen Maßnahmen auf ihre Klimawirkung (i.V.m. einen breiten Monitoringsystem) weisen eine neue Qualität auf, die insbesondere für das Mainstreaming des Klima-Themas in alle Handlungsfelder und Verwaltungsbereiche einen wichtigen Beitrag leisten kann Damit sind die KNK als neuer Akteur für die nationale Klimaschutzpolitik interessant und sollten daher strukturell und mit gezielter Förderung unterstützt und begleitet werden.“

Wir gehen davon aus, dass man/frau die Verwaltungsspitzen in Stadt und Landkreis wird zum Jagen tragen müssen, um mal eine Redewendung zu bemühen. Wenig engagiert zeigten sich jedenfalls Landrat und Oberbürgermeister: Klaus Wiswe ergriff in der Kreistagssitzung zum Thema überhaupt nicht das Wort, und OB Nigge nur, um dem grünen Ratsmitglied Stephan Ohl darüber zu belehren, dass Celle längst einen „Klimaschutzmanager“ habe.

Mit Fridays diskutieren Kurzforderungen in der vhs

Seit dem 15. Februar 2019 streiken in Celle Schülerinnen und Schüler für eine effektive und gerechte Klimapolitik. Wir - die Celler Ortsgruppe von Fridays for Future - haben seitdem viele Demonstrationen und Aktionen organisiert. Wir sind Teil eines weltweiten Protestes, wir stellen uns einem globalen Problem - doch wir handeln hier vor Ort.

Dabei wollen wir nicht unter uns bleiben, sondern mit Euch, mit Ihnen zusammen unsere Forderungen für eine lebenswerte Zukunft diskutieren und gestalten. An drei Abenden werden wir - moderiert von der vhs Celle - unser lokales Programm vorstellen und Sie bitten, sich an der Weiterentwicklung unserer Forderungen zu beteiligen - für ein klimagerechtes Leben, Lernen und Arbeiten in Celle.

Jeweils Mittwoch, 12., 19. und 26. Februar, Beginn: 18.30 Uhr, im Saal der vhs (Trift 20), gebührenfrei.

Die nächste Demonstration von Fridays for Future in Celle wird voraussichtlich am Fr., den 14. Februar, stattfinden; Beginn 11.30 Uhr auf der STechbahn – näheres dann unter:

<https://www.instagram.com/fridaysforfuture-celle/?hl=de>



Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?

Jens Berger (Nachdenkseiten) hat ein neues Buch geschrieben. Am Dienstag, den 25. Februar, 19.30 Uhr, kommt er zu einer Veranstaltung und Diskussion nach Celle ins Kino 8 1/2 - Veranstalter ist der Rosa Luxemburg Club Celle, Eintritt frei.

BlackRock, Vanguard und State Street – allein die drei größten Finanzkonzerne verwalten Vermögen im Wert von 15 Billionen US-Dollar. Mit Anteilen an fast allen großen Unternehmen und dem Kapital für politisches Lobbying über Partei- und Ländergrenzen hinweg haben sie eine bisher ungekannte Machtfülle.

Welche Folgen hat es, wenn ganze Industrien von wenigen Finanzinstituten dominiert werden? Bringt die Finanzlobby unser ohnehin schon kaputtgespartes Rentensystem zum Kollaps? Welche Rolle spielen BlackRock-Gründer Larry Fink und sein deutscher Chef-Lobbyist Friedrich Merz? Jens Berger wirft ein Schlaglicht auf die heimliche Herrschaft der Finanzeliten und ihre beflissenen Gehilfen in Wirtschaft und Politik – und er zeigt, was jetzt getan werden muss, um das Schlimmste vielleicht noch zu verhindern.

„Celle ist eine Fahrradstadt“ - oder?

Zur Eröffnungsansprache der neuen Fahrrad-Doppelstock-Parkanlage am Bahnhof kam OB Nigge nicht mit dem eigenen Fahrrad, sondern ließ sich mit dem Dienstwagen direkt vor die Anlage chauffieren:



„Die Doppelstockanlage ist ein großes und präzentes Zeichen für den Radverkehr und weiterer Anreiz für den Bürger, das Auto etwas häufiger stehen zu lassen.“ Für die Pressefotografen versuchte er dann, ein für ihn bereit gestelltes Fahrrad im oberen Stockwerk der Fahrradparkanlage abzustellen. Nur mit großer Mühe und mündlicher Anleitung durch den Fahrradbeauftragten Andreas Jürß gelang es Nigge, das Fahrrad in die erforderliche Parkposition zu manövrieren. „Tja, blöde Anlage“, war sein stimmiger Kommentar. Platz für 320 Fahrräder gibt es in der überdachten Anlage. Mehr als 1000 Euro pro Stellplatz haben die Steuerzahler*innen dafür hinblättern müssen. Davon etwa 100.000 Euro die aus Celle. Bis heute wird die obere Etage der „blöden Anlage“ so gut wie nicht genutzt und das wilde Abstellen von Fahrrädern rund um den Bahnhof ist nur unmerklich geringer geworden.

„Celle ist eine Fahrradstadt“, meinte Nigge und kündigte weitere Maßnahmen an. So will er z.B. den Südwahl und die Fritzenwiese als „Fahrradstraße“ ausweisen. Nichts leichter als das! Mit dem bloßen Aufstellen von



Verkehrsschildern wurde die parallel zur Burgstraße verlaufende Anliegerstraße schon 2017 als „Fahrradstraße“ ausgewiesen. Kurz vor der Kreuzung zur Altenceller Schneede endet dann abrupt die bevorrechtigende Beschilderung „Fahrradstraße“ und die Fahrradfahrenden dieses stark frequentierten Schulwegs sind dort auf der falschen Straßenseite dem motorisierten Querverkehr schutzlos ausgeliefert. Nigge will auch neue „Fahrradschutzstreifen“ auf Innenstadtstraßen aufbringen lassen. Gerade erst wurden vorhandene „Fahrradschutzstreifen“ an der Nordseite der Trift weg gefräst. Hier wurden PKW-Parkplätze in Bus-Parkplätze umgewidmet. Nun ragen die Busse weit auf die Straße und gefährden den Radverkehr, der nun auf den Fußweg ausweicht.

Genau genommen müsste man „Schutzstreifen“ als „Gefährdungstreifen“ bezeichnen. Die meisten Autofahrer überholen hier mit noch weniger Seitenabstand zu Radfahrenden, denn jetzt bemühen sie sich nur noch, den „Schutzstreifen“ nicht mehr zu überfahren. Tagtäglich sind lebensgefährliche Überholmanöver entlang dem rot



eingefärbten „Schutzstreifen“ in der engen Hehlentorstraße zu beobachten.

Die Hehlentorstraße hätte vorrangig als „Fahrradstraße“ ausgewiesen werden müssen, aber Celle ist und bleibt eine Autostadt. Das wird beim derzeitigen Nordwallausbau besonders deutlich. Die Radfahrenden müssen sich auf der etwa 300 Meter langen gegenläufigen Verkehrsführung zukünftig eine Fahrbahnbreite von nur 3,75 Meter mit dem PKW und LKW Verkehr teilen. Auf der 300 m langen Strecke wird der beidseitig aufgemalte „Schutzstreifen“ (1,50 m Breite) kaum einen Autofahrer davon abhalten illegale und lebensgefährliche Überholmanöver durchzuführen.

„Eine richtig schicke Nummer“

100 Millionen Euro für 5200 Meter Autobahn



Mitte 2013 wurden die letzten Bauarbeiten an dem zukünftigen Verkehrsknoten B3/B214 in Altencelle beendet. In den vergangenen Jahren war reichlich Gras und Gestrüpp über das Gelände an der sogenannten „Celler Binde“ gewachsen. In tagelanger Vorarbeit wurde Anfang November 2019 die Baubrache entlang der B214 von Mitarbeitern der Niedersächsischen Landesstraßenbaubehörde auf Vorgartenniveau gemäht. Der übrige Sandboden wurde aufwändig mit Schotter planiert und ein Festzelt mit vier Fahnenmasten davor errichtet.

Ein riesiges Bauschild verkündet nun den B3-Weiterbau der Ortsumgehung Celle Mittelteil. Dieses Schild war Ende 2016 an anderer Stelle sang- und klanglos entfernt worden. Versehen mit einem neuen Datum (Baubeginn Herbst 2019) signalisiert es jetzt, dass die Planer und Politiker von vorgestern der dringend erforderlichen Verkehrswende weiter trotzig entgegenstehen.

Am 16.11.2019 war endlich der Tag gekommen, den die Generation Autobahn kaum noch erwarten konnte: Der offizielle „Spatenstich“ für den Mittelteil der Ost-„Umgehung“. Es sollte ein „Spatenstich“ werden ohne Spaten, für einen „sofortigen“ Baubeginn, der noch in ungewisser Zukunft liegt.

Etwa einhundert der üblichen Verdächtigen waren mit dem eigenen oder Dienst-Wagen angereist. Die vielen überdimensionierten Limousinen mit Kennzeichen aus ganz Niedersachsen ließen einen CO2 Ausstoß von ebenso überdimensioniertem Ausmaß für die individuelle An- und Abreise vermuten. Die Generation Autobahn hatte sich auf dem herausgeputzten Festplatz versammelt, um den Verspreche(r)n des Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Enak Ferlemann (CDU) applaudieren zu können. „Heute ist ein großer Tag für Celle“, so Ferlemann: „Ich freue mich sehr, nach der langen Zeit der Planung und des Wartens nun endlich den Startschuss für den Baubeginn geben zu können.“

Vorerst kann nur mit dem Brückenbauwerk „Ce 12“ über die B214 begonnen werden. Allein dafür stehen acht Millionen Euro bereit. Von einem Baubeginn im Herbst 2019 ist außer dem Festzelt mit Fahnen und Bauschild noch nichts zu erkennen. Stattdessen wurden für die vorbereitende Planung dieser Festveranstaltung, die vielen Arbeitsstunden der Festplatzherrichtung, die Materialbeschaffung für die Bodenplanierung, die Absperrbeschilderung durch Behördenpersonal, die Anmietung und Aufstellung des Festzeltes, das Catering incl. Bedienungspersonal, die Lautsprecheranlage nebst Techniker und LKW, die Fahnenmasten und das Baustellenschild, schon vor Baubeginn tausende Euro Steuergelder nur für diesen „Spatenstich“ sinnlos verpulvert.

Für den Bau der 5300 Meter kurzen Autobahn durch das Naturschutzgebiet an der Oberaller sollen noch ein-



mal 92 Millionen Euro Steuergelder bereit gestellt werden. 25 Brückenbauwerke und Unterzüge mussten eingeplant werden. Mit ihren 435 Metern Länge ist die Allerbrücke davon das größte Betonbauwerk.

„Eine richtig schicke Nummer“ nennt Ferlemann diesen Gigantismus. Er bedankt sich bei „*allen, die ihre Grundstücke zur Verfügung gestellt haben*“. Dabei hatten die Eigentümer*innen gar keine andere Wahl, als ihre Grundstücke „zur Verfügung“ zu stellen, denn §19 des Bundesfernstraßengesetzes berechtigt zur Enteignung: „*Die Träger der Straßenbaulast der Bundesfernstraßen haben zur Erfüllung ihrer Aufgaben das Enteignungsrecht.*“ Nur dieses Enteignungsrecht hatte den Ausbau der ersten beiden Abschnitte der ost-„Umgehung“ bis zur B 214 ermöglicht.

Auf die Bewohner*innen von Groß Hehlen sieht Ferlemann „*ein großes Problem*“ zukommen, weil „*dort der ganze Verkehr mit 30.000 Fahrzeugen am Tag hinfahren wird.*“ Darum hat er für die Groß Hehlener gleich ein kleines Trostpflaster mitgebracht. Den sogenannten „Gesehen Vermerk“ für den letzten Bauabschnitt im Norden, der aber nicht mehr bedeutet als das grundsätzliche Einverständnis des Bundes für den jetzt erst möglichen Planungsbeginn durch die Landesstraßenbaubehörde.

In seiner Rede verkündet der niedersächsische Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) vollmundig: „*Das ist heute ein historischer Tag und eine gute Nachricht für die ganze Region.*“

Für die Bewohner und Politiker in Bergen ist dies bestimmt keine gute Nachricht. Für sie ist die fortschreitende Celler Ost-„Umgehung“ eine ernste Bedrohung. Sie rechnen mit einem Angriff auf die Gesundheit der Bevölkerung an der B3 in Bergen. Mit der Vervollendung der Ost-„Umgehung“ Celle ergäbe sich für den PKW- und LKW-Verkehr eine verlockende Abkürzung zwischen den Autobahnen A2 und A7. Über diese Abkürzung geriete der Verkehr direkt auf die Ortsdurchfahrt von Bergen.

An einer Westumgehung um Bergen wird seit etwa vierzig Jahren geplant. Im Bundesverkehrswegeplan ist eine Umgehung von Bergen z.Zt. nur als „*weiterer Bedarf mit Planungsrecht*“ für 2030 vorgesehen. Die Dauer der Umsetzung von Planungsbeginn bis zur Fertigstel-

lung wird mit weiteren 11,5 Jahren angegeben. Da muss Bergen wohl noch sehr lange auf seinen „historischen Tag“ warten.

Der „Spatenstich“ in Celle wurde übrigens ohne einen Spaten, dafür mit der Entfernung einer Platte vom Bau-schild durchgeführt.

Die Baukosten für den Mittelteil der Ost-„Umgehung“ wurden im Mai 2006 mit 36 Mio. veranschlagt, stiegen im Juni 2016 auf 58 Mio. und sollen nach heutigen Angaben etwa 100 Mio. Euro kosten. Warten wir ab, welche „richtig schicke Nummer“ die Endabrechnung ergibt.

Jetzt dürfen sich die Anlieger und Verkehrsteilnehmer*innen rund um Altencelle für die nächsten drei Jahre auf eine richtig schicke Dauerstau-Baustelle für das Brückenbauwerk „Ce 12“ freuen.

Radfahrer*innen und Fußgänger*innen bekommen mit dem neuen Bauwerk dann schon einmal einen Vorgesmack auf den Hindernislauf entlang der zukünftigen B3. Für die gesamte neue Bundesstraße ist kein Rad- oder Fußweg eingeplant und die neue B3 müsste eigentlich als Autobahn bezeichnet werden.

Diese lärmende Autobahn zerteilt mit einem engen Bogen zukünftig das Celler Stadtgebiet und reicht nach ihrer Vervollendung von Westercelle bis Groß Hehlen. Diese sogenannte Umgehungsstraße wird die heute noch gut erreichbaren benachbarten Wohn- und Erholungsgebiete nachhaltig voneinander trennen. Schon seit Jahren trennt und verlärmst die neue B3 die Umgebung von Westercelle, Bennebostel und Burg. Gerade wird (gegenüber WALLACH) damit begonnen, ehem. Wald- und Landwirtschaftsflächen entlang der neuen B3 in Gewerbegebiete umzuwandeln. Das gleiche Schicksal erwartet die entsprechenden Flächen in Altencelle nach dem Bau der Ostumgehung.

Da sich nun der BUND mit den Straßenplanern der Ost-„Umgehung“ auf einen faulen Kompromiss eingelassen hat, wird das Naturschutzgebiet in Altencelle zukünftig motorisiert durchquert werden dürfen. Für Menschen wird der Zutritt weiterhin unter Strafandrohung verboten bleiben. Eine richtig irrsinnige Nummer.



Abschiebung nach Afghanistan

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen kritisierte Ende November die Abschiebung eines 23-jährigen Mannes aus dem Landkreis Celle nach Afghanistan scharf. Niedersachsen habe sich damit nach zwei Abschiebungen im August am 6. November 2019 ein weiteres Mal an einer bundesweiten Sammelabschiebung in das Bürgerkriegsland beteiligt. Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats: *„Abgeschobene Männer sind in Afghanistan extrem gefährdet. Die jüngst veröffentlichte Studie der Afghanistan-Expertin Friederike Stahlmann macht deutlich, dass Gewalt gegen Abgeschobene und ihre Familien aufgrund ihrer Rückkehr mit hoher Wahrscheinlichkeit eintritt und das bereits innerhalb kürzester Zeit nach ihrer Ankunft. Allein aus diesem Grund sind Abschiebungen nach Afghanistan menschenrechtlich unerträglich.“*



Zudem setze sich das Blutvergießen in Afghanistan unvermindert fort. Im dritten Quartal 2019 waren nach Angaben der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) die meisten Opfer zu beklagen seit Beginn der Aufzeichnungen. Gerade in Kabul gebe es nahezu täglich Anschläge mit Toten und Verletzten.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen kritisierte zugleich, dass die Landesregierung ganz offenbar die Schwelle für Abschiebungen nach Afghanistan gesenkt habe. So habe der Mann lediglich nach strafrechtlicher Verurteilung eine Geldstrafe in Höhe von 180 Tagessätzen erhalten, die bereits abgegolten war.

Kai Weber: *„Es handelte sich bei dem Mann keineswegs um einen schweren Straftäter. Im Gegenteil: Der junge Mann hat frühzeitig großen Integrationswillen gezeigt, die Sprache gelernt und Arbeit aufgenommen. Er wusste, dass er zu Beginn einen Fehler gemacht hatte. Seine Strafe war aber längst verbüßt. Der Landkreis Celle hat dennoch im vollen Wissen um diesen Integrationswillen bewusst die Abschiebung betrieben. Wir erwarten von Innenminister Pistorius, dass er solche Abschiebungen in Zukunft stoppt.“*

Nach Informationen des Flüchtlingsrats Niedersachsen

sen hat der Mann, der im Herbst 2016 nach Deutschland kam, bereits rund ein halbes Jahr danach eine erste sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in einem Lebensmittelbetrieb aufgenommen. Seit April 2018 ist der Mann im Arbeitsmarktprojekt TAF – Teilhabe am Arbeitsmarkt für Flüchtlinge begleitet worden und hat regelmäßig Sprachkurse besucht. Sein großer Integrationswille zeigte sich auch darin, dass er noch im Juni 2019 vom Landkreis Celle die Erlaubnis für eine neue sozialversicherungspflichtige Stelle erhielt. Der Arbeitgeber machte dann aber einen Rückzieher, weil der Landkreis Celle bereits massiv die Abschiebung vorantrieb und dem Mann die Duldung entzog.

Pro Asyl zur Asylstatistik 2019

Ergebnis der Abschottungstaktik auf Kosten Schutzsuchender

Das Bundesinnenministerium hat die Asylstatistik zum Jahr 2019 veröffentlicht. Der Bundesinnenminister wertet es als Erfolg, dass es weniger Schutzsuchende nach Deutschland geschafft haben. Diese rein nationale Sicht ignoriert: Erstmals waren 2019 weltweit mehr als 70 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz. Allein in Nordsyrien sind im Dezember 2019 Hunderttausende neu in die Flucht geschlagen worden. Die immer größer werdende Verzweiflung und Notlage der Menschen ist für Seehofer nichts anderes als „Migrationsdruck“, den es abzuwehren gilt. [...]

Eine der Abschottungsmaßnahmen ist der flüchtlingsfeindliche EU-Türkei-Deal. Die Folge: Allein in Griechenland harren mehr als 40.000 Schutzsuchende überwiegend in den völlig überfüllten Lagern auf den ägäischen Inseln aus – mehr als ein Drittel sind Kinder, davon 60% jünger als 12 Jahre. PRO ASYL hat bereits wiederholt die Aufnahme von Schutzsuchenden aus den menschenunwürdigen Bedingungen gefordert.

Am EU-Türkei-Deal festzuhalten ist zynisch, gehört die Türkei doch mittlerweile selbst zu den TOP 3 der Herkunftsländer bei Asylsuchenden im Jahr 2019. Mehr als die Hälfte der inhaltlich geprüften Fälle erhielt einen Schutzstatus (53%) – und zwar fast immer den vollumfänglichen Flüchtlingsstatus. Allein im Dezember erkannte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rund 72% der Schutzsuchenden aus der Türkei an. Dies verdeutlicht umso mehr die sich verschärfende Menschenrechtslage in der Türkei.

Die Taktik, den Flüchtlingsschutz auszulagern oder gar zu verhindern, wurde auch im Jahr 2019 erbarungslos fortgesetzt. [PM von Pro Asyl]

Hölty-Gymnasium geht nach Hambühren

Die IGS bekommt eine Oberstufe und das Hölty-Gymnasium wechselt freiwillig nach Hambühren. Ende gut, alles gut? Schauen wir mal.

Für die IGS war es am Ende eine eindeutige Sache. Gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei vier Enthaltungen beschloss der Kreistag, „bei der Landesschulbehörde die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule Celle zum Schuljahresbeginn 2010/2021 zu beantragen.“ Einfach wurde die Entscheidung auch für die eher ablehnenden Kreistagsmitglieder deshalb, weil das Hölty-Gymnasium signalisiert hatte, nach Hambühren „umzuziehen“. Womit sich Schritt für Schritt auch das Raumproblem der Oberschule Celle I löst.

Der Hintergrund für die Entscheidung auf der Ebene der Gymnasien lässt sich so darstellen: Aus dem politischen Raum gibt es einen starken Druck zur Einrichtung eines Westkreisgymnasiums. Ein weiteres Gymnasium aber hätte auf die Celler Gymnasien existenzgefährdende Wirkung haben können. Warum? Der Sekundarbereich II muss in Niedersachsen mindestens drei Züge je Schuljahrgang aufweisen. Damit in der Oberstufe ein vielseitiges und anspruchsvolles Kursangebot gewährleistet werden kann, braucht es aus Sicht der Schulleitungen dafür in der Sekundarstufe I mindestens fünf dauerhafte Züge. Ein neues Westkreisgymnasium aber hätte vom Einzugsgebiet her (ca. 32.000 im Vergleich zu Celle mit 85.000) Auswirkungen auf die Schüler*innenzahlen sowohl des HBG wie des Hölty gehabt – und dem Ernestinum wird ja schon seit längerem nicht die Bude eingerannt.

Beim dann einsetzenden Standort-Mikado wackelte zunächst das HBG und signalisierte die Bereitschaft zum Aufbau einer Außenstelle, zog dann aber zurück. Das Bedenken: Würde sich aus der Außenstelle ein eigenständiges Gymnasium entwickeln, grabe man ja dem Celler Standort das Wasser ab. Auch das Hölty war in Gesprächen mit dem Landkreis und sah nach dem Rückzug des HBG auf sich selbst Probleme zukommen. Deshalb sprach sich die Gesamtkonferenz des Hölty am 9. Dezember mit breiter Mehrheit für einen Aufbau des Westkreisgymnasiums durch die Schule und einen damit verbundenen schrittweisen Umzug aus.

Zum technischen Prozedere heißt es seitens des Landkreises: „Das neue Westkreisgymnasium entsteht ab dem Schuljahr 2020/2021 durch ein renommiertes und erfahrenes Gymnasium, das für sich selbst und seine Schülerinnen und Schüler die erforderliche Aufbauarbeit leistet. Der Umzug erfolgt schrittweise. Im kommenden Schuljahr könnte das Hölty-Gymnasium zunächst das für die Außenstelle in Hambühren vorgesehene Gebäude II übernehmen, das wir derzeit sanieren. In diesem Gebäude stehen neun Unterrichtsräume zur Verfügung. Die

Jahrgänge im jetzigen Haupthaus in Celle müssten nicht umziehen, sondern würden dort auslaufend beschult. Zum Schuljahr 2021/2022 würden wir in Hambühren übergangsweise mobile Raumzellen errichten, die für die Oberschule Celle I nicht mehr benötigten. Ab dem Schuljahr 2023/2024 würde das vor kurzem von Grund auf sanierte Gebäude I in Hambühren, das derzeit durch die Sprachheilschule belegt ist, für das Hölty-Gymnasium frei und könnte genutzt werden. Zudem würden wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit dem nötigen Neubau in Hambühren beginnen.“



Die Demonstrationen der IGS-Schüler*innen haben sicher auch eine kleine Rolle im Standort-Poker gespielt.

Und weiter zu IGS und Oberschule I: „Die IGS wird dann schon zum nächsten Schuljahr mit ihrem 11. Schuljahrgang in den Räumlichkeiten ihrer Außenstelle in der Bahnhofstraße starten können. Für die dort noch untergebrachten Schülerinnen und Schüler der BBS III werden wir einen Umzug an das Haupthaus nach Altenhagen organisieren und damit den bereits 2013 beschlossenen Fusionsprozess der BBS III und der BBS IV vollenden. In Altenhagen errichten wir dazu einen Anbau für ca. 9 Mio. €. Auch die unter Raumnot leidende Oberschule Celle I wäre Nutznießer, denn die durch den Umzug des Hölty-Gymnasiums frei werdenden Räume könnten nach und nach von der Oberschule genutzt werden. Dort gäbe es genügend Möglichkeiten für die dringend benötigten Differenzierungsräume.“

Die Stadt „Celle kann mehr“ hat sich in die ganze Diskussion nicht eingemischt. Der Oberbürgermeister hatte zwar mal ein Statement für die IGS-Oberstufe abgegeben, den Rest aber überließ er – stringent in der Logik seiner Aufgabenteilung zwischen Stadt und Kreis – dem Landrat.

Als Verlierer dürfte sich Winsen sehen, das bis zuletzt für das Konzept eines CO₂- und energieneutralen Neubaus geworben hatte.

Bundesgesetze bescheren AKH-Gruppe zusätzliche Kosten in Millionenhöhe

Die Konkretisierungen im Rahmen des sogenannten Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) und das MDK-Reformgesetz könnten für das Allgemeine Krankenhaus negative Auswirkungen von bis zu rund einer Million Euro im kommenden Jahr haben. Das jedenfalls ist die Summe, die den Beschäftigten auf einer Betriebsversammlung verkündet wurde. Wie das?

Problem Nummer 1: Das PpSG sollte bewirken, dass die Pflegekosten aus der Krankenhauspauschale ausgliedert und separat in voller Höhe erstattet werden. Die konkrete Auswirkung beim AKH wird voraussichtlich sein, dass der jetzt vereinbarte Pauschalpflegesatz pro Tag nicht kostendeckend ist.

Problem Nummer 2: Die mit dem MDK-Reformgesetz ursprünglich vorgesehene Begrenzung von MDK-Prüfungen und Rechtfertigungsaufwand wird ins Gegenteil verkehrt. Krankenhäuser müssen ab 1. Januar 2020 Strafzahlungen in Höhe von 300 Euro je beanstandeter Abrechnung an die Krankenkassen leisten, sprich: für jede Rechnung, die dokumentarische Mängel aufweist. Für die Ärzt*innen entsteht so ein enormer zusätzlicher Druck. Aber auch für die Patient*innen dürfte es Auswirkungen haben.

Denn worum geht es? Jede nach Ansicht der Kassen zu lange Verweildauer führt nicht nur zum Erstattungs-ausfall bei den „überzähligen Tagen“ (also jenen, an denen keine im engen Sinne medizinische Behandlung mehr erforderlich ist), sondern wird auch noch mit einer Strafe belegt.

Beispiel: Bei Patient*innen, die in eine Kurzzeitpflege entlassen werden, muss dieser Pflegeplatz sofort her – sonst geht es zu Lasten des Krankenhauses. Es wäre kaum überraschend, wenn Angehörige so unter großen Druck geraten und ggfs. auch „genötigt“ werden, die Patient*in erstmal privat zu versorgen.

Zweck der Übung, so kann gemutmaßt werden, ist die „Bereinigung“ der Krankenhauslandschaft – ganz im Sinne der Bertelsmann-Studie. Denn diese Gesetzesänderungen belasten vor allem die Häuser mit knapper Eigenkapitaldecke oder finanzschwachen Trägern. Klinikverbünde großer Städte oder private Krankenhausketten können die „Durststrecke“ bis zur nächsten Gesetzesänderung vielleicht überstehen. Aber hinter dem AKH steht nur die AKH-Stiftung, die nicht dazu in der Lage ist, Millionenverluste auszugleichen. Und: Die Hälfte der niedersächsischen Krankenhäuser schreibt aktuell schon rote Zahlen.

Das AKH soll aber möglichst bald Gewinne erwirtschaften, um die Millionenkredite seitens des Landkreises zurückzuzahlen. Es ist eher unwahrscheinlich, dass das in der notwendigen Größenordnung klappt. Zusätzli-

che Belastungen durch die Beschlüsse des Bundestags sind da für das AKH natürlich nicht hilfreich.

Aber selbstverständlich haben die Celler Bundestags-abgeordneten Henning Otte (CDU) und Kirsten Lühmann (SPD) ihre Zustimmung zu den Gesetzen nur mit bestem Wissen und Gewissen gegeben. Das mittel- und langfristige Überleben des AKH als eigenständiges Krankenhaus wird weniger über die Gehälter der unteren Lohngruppen entschieden als durch die bundes- und landespolitischen Entscheidungen. Es ist notwendig, dass sich hier nicht nur der Landkreis, sondern auch unsere Abgeordneten konkret sichtbar für ihr Krankenhaus engagieren, z.B. für die Rücknahme der unseligen Strafzahlungen, aber auch für eine finanziell nachhaltige Krankenhausplanung auf Landesebene.

Bernd Zobel kommentiert Aussage des Landrats zum AKH: "Wir sind entsetzt"

Die grüne Ratsfraktion sei "entsetzt" über die Haltung von Landrat Klaus Wiswe, der auch Aufsichtsratsvorsitzender des AKH ist. Das teilt Fraktionsvorsitzender Bernd Zobel mit. In einem Wochenendinterview war Wiswe [in der CZ] zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des AKH dahingehend zitiert worden, dass „*öffentlich-rechtliche Tarifverträge ein Problem*“ darstellen würden. Dies, so ergänzt Wiswe, sei natürlich nicht auf Pflege und medizinische Versorgung bezogen, sondern auf Bereiche wie Reinigung, Küche oder Hausmeistertätigkeiten.

Die Ratsgrünen in Celle hätten zu einer solchen Aussage eine klare Haltung, so Zobel: „*Ein Landrat, der allen Ernstes sagt, dass öffentlich-rechtliche Tarifverträge ein Problem darstellen, ist selbst ein Problem. Wie kann er als Chef einer großen Kreisverwaltung, wo z.B. auch Hausmeister arbeiten, eine solche Aussage tätigen? Hat er so wenig Respekt vor den vielen Menschen, die in Deutschland auf solche Tätigkeiten und eine soziale Absicherung angewiesen sind? Es ist unfassbar, dass ein Landrat, der Bürgerinnen und Bürger vereinen soll, einen weiteren Keil in die sich immer weiter spaltende Gesellschaft treibt und somit sozialer Hetze Tür und Tor öffnet. Altersarmut wird sehentlich herbeigeführt. Eine Krise auf dem Rücken von Menschen auszutragen oder lösen zu wollen, die nicht so eine starke Lobby wie die Ärzteschaft haben, zeugt davon, dass man mit seiner Kompetenz, ein Unternehmen aus der Krise zu führen, am Ende ist. Es ist zu hoffen, dass der Aufsichtsrat diesen Weg nicht einschlägt.*“ [PM vom 13.01.2020]

Hätten die Ratsgrünen nicht reagiert, hätten wir Wiswes Äußerungen „aufgespießt“. In einem aber täuscht sich Bernd Zobel. Die Ausgliederung der angesprochenen Bereiche ist längst beschlossene Sache.

ÖPNV – Zurück in die Zukunft?

Gibt es etwas, das auf lokaler Ebene früher mal besser war? Ja. Der ÖPNV. Gibt es etwas, das Mobilitätsverhalten ändern könnte?. Ja. Der ÖPNV. Gibt es etwas, wo in Celle in den nächsten fünf Jahren keine bewegenden Veränderungen anstehen? Ja. Beim ÖPNV.

Es ist eigentlich an der Öffentlichkeit vorbeigegangen: Im Juni vergangenen Jahres verabschiedete der Kreisausschuss, ein nicht öffentlich tagendes Gremium des Kreistages, die Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Zeitraum 2019 bis 2023. Eine Befassung durch den Kreistag fand nicht statt. Angesichts der Klimadiskussion wäre es auch eine peinliche Veranstaltung gewesen, denn: Im Kern wurde nur der Status Quo fortgeschrieben. Die einzig bisher wirksame Verbesserung beschränkt sich auf die Einführung eines 30-Minuten-Taktes für den Ortsteil Westercelle. Aber: Zwei Punkte sind noch offen: Im Haushalt des Kreises für 2020 stehen neu 450.000 EUR zur Einführung eines 365-Euro-Tickets für Schüler*innen (inklusive Berufsschüler*innen). Das konkrete Konzept allerdings steht noch aus. Und das betrifft auch den zweiten Punkt, nämlich die Ausdehnung des abendlichen Linienverkehrs.

Beim Schülernetzticket gibt es die Idee ein 365-Euro-Ticket einzuführen. So werden Jahreskarten bezeichnet, mit denen (unterm Strich) für einen Euro am Tag alle Busse in einem Verkehrsverbund genutzt werden können. Weil ein solches Jahresticket erstmals in der österreichischen Hauptstadt eingeführt worden war, wird es auch als „Wiener Modell“ bezeichnet. Die Beschränkung auf Schüler*innen allerdings greift zu kurz. Deshalb wäre wichtig, dass schon im ersten Schritt – zumindest im Modellversuch – auch Leistungsbezieher*innen von Hartz IV, Grundrente oder Asylbewerberleistungen davon profitieren könnten. Dann nämlich wäre es halbwegs das, was anderswo schon als Sozialticket Gültigkeit hat.

Als mögliche Verbesserung „angedacht“ ist dann auch die Verlängerung des Linienverkehrs über 20 Uhr hinaus. Für die Stadt Celle gibt es hier aktuell das sogenannte „Anruf-Sammel-Taxi“ (AST). Das System ist vergleichsweise kompliziert. Es bedient in der Stadt bis Mitternacht einen Abendverkehr im Stundentakt. Das Komplizierte: Etwa 45 Minuten vor Fahrtantritt muss der Bedarf zu drei festgelegten Abfahrtszeiten telefonisch angemeldet werden. Zudem ist die Stadt in vier Tarifgebiete (Kernbereich, Nahbereich, Fernbereich und Fernbereich 2) eingeteilt, und kostet – je nachdem – zwischen 3,60 und 5,10 Euro. Für Kinder, Zeitkarteninhaber und Freiberechtigten gilt in allen Zonen der Preis von 2,80 Euro. Das Gute: Eingesammelt werden die Fahrgäste an den jeweiligen Haltestellen, dann aber werden sie i.d.R. vor die eigene Haustür gefahren. Bei der Ausdehnung des regulären Verkehrs geht es also zunächst einmal um

den Landkreis, der bis auf die Strecke Hambühren – Wietze (ebenfalls AST für 5/6 EUR) im Abendverkehr überhaupt nicht mehr im ÖPNV befahrbar ist. Im aktuellen Nahverkehrsplan heißt es dazu: „*Deutlichere Mehrleistungen könnten sich vor allem aus einer verlängerten Taktbedienung abends ergeben, worüber aber zunächst aufgrund von Nachfragedaten entschieden werden soll. Insofern ist der konkrete Umfang dieser Leistungen noch nicht planbar.*“ (133) Und an anderer Stelle: „*Zur Bewertung geforderter Erweiterungen der Taktbedienung nach 20:00 Uhr wurde geprüft, welche Mehrleistungen entstehen, wenn die Bedienung aller Taktlinien Mo – Fr im bestehenden Taktraster bis 21:00 Uhr erweitert wird. Im Ergebnis resultieren 71.250 Fahrplan-km auf Stadtlinien und 79.200 Fahrplan-km auf Regionallinien, in Summe also ca. 150.000 Fahrplan-km. Für diese Mehrleistung wäre eine Erweiterung der Zahlungen nach dem Verkehrsvertrag im Umfang von ca. 400 TEUR/a zu veranschlagen. Aus diesem Grund soll zunächst eine Nachfrageprüfung auf den gegenwärtig jeweils letzten Fahrten eine gezielte Auswahl wirklich bedarfsgerechter Bedienungsweiterungen ermöglichen.*“ (96)

Vielleicht wird das Alles schon Thema beim nächsten



Kreistags-Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus am 20. Februar (14.30 Uhr).

Zurück in die Zukunft

Wer es ernst nimmt mit der Verkehrswende, weiß: In einer Stadt wie Celle muss der private PKW-Gebrauch um mindestens zwei Drittel zurückgehen. Der einzig sinnvolle Weg liegt im Ausbau von ÖPNV und Fahrradverkehr. Aktuell liegt dabei vieles im Argen. Wir wollen deshalb mal einen Blick zurück werfen in Zeiten, in denen der ÖPNV nicht bloß für den Schüler*innen- und „Restverkehr“ zuständig war.

Der wesentlichste Unterschied war, dass es bis 1986 einen täglichen Spätdienst im Linienbetrieb gab. Wo heute um 20.05 die letzten Busse am Schlossplatz starten, konnten man/frau vor 50 Jahren nach Kino oder Theater sogar erst nochmal in den Kneipen in eine Diskussion einsteigen, um dann stressfrei um viertel vor Zwölf in den Bus zu steigen. Drei Linien beförderten einen in die heimatliche Nähe: Mit der Linie A ging's über die Heese Richtung Wietzenbruch; mit der Linie B über das östliche Hehlentorgebiet, Altenhagen, Bostel, Garßen nach Vorwerk; und die Linie C beförderte die Spätheimkehrer nach Klein-Hehlen. Benachteiligt war, wer nach Altencelle wollte, denn da fuhr der letzte Bus aus der Altstadt bereits um 23.05 Uhr (was zugegeben heute fast egal wäre, da kaum noch eine Kneipe länger als bis 23 Uhr geöffnet ist). Die Linie A fuhr ab 20 Uhr im 40-Minuten-Takt; auf den beiden anderen Linien gab es nach 20 Uhr immerhin drei Angebote.

Vor 1978 bzw. 1982 wurden die alten Celler Stadtteile werktags mit einem 15-Minuten-Takt bedient. Danach wurde dies auf 20-Minuten ausgedehnt, um mit Gründung der CeBus im Jahr 2002 zur im Wesentlichen heute noch gültigen halbstündigen Taktung zu kommen. Selbstverständlich gibt es einen engen Zusammenhang mit verschiedenen Faktoren. Der wichtigste dürfte die Zunahme der PKW-Dichte sein. In den 40 Jahren von 1971 bis 2011 hat sich die Zahl der PKW in der Stadt von 14.048 auf 31.562 um 225 Prozent gesteigert. Leider gibt es keine Fahrgastzahlen, die diese Entwicklung auf der anderen Seite spiegeln. Aber der Zusammenhang ist offensichtlich: Je mehr sich der motorisierte Individualverkehr ausdehnt, desto mehr wird der ÖPNV zum Restverkehr.

Der ÖPNV in Celle wird heute wirtschaftlich im Kern getragen vom Schulbusverkehr. Eine Tabelle aus dem



NVP macht dies deutlich. Der sogenannte „Jedermann-Verkehr“ liegt seit Jahren stabil bei einem guten Drittel (siehe Tabelle unten; Quelle NVP)

Dass es aber nicht allein an der PKW-Dichte liegt, wird in einem Vergleich mit dem Großraumverkehr Hannover deutlich. Dort steigen seit Jahren die Fahrgastzahlen und trotz der zusätzlich gut 50.000 Studierenden in der Stadt ist das Verhältnis umgekehrt: Der GVH Hannover finanziert sich zu mehr als Zweidrittel durch den „Jedermann-Verkehr“. Es liegt also offensichtlich nicht nur am „Bedarf“, wie sich der ÖPNV entwickelt, sondern auch am „Angebot“.

Fahrgäste – in Celle unbekanntes Wesen

Ein genauer Blick in die Fahrpläne zeigt zwar, dass es wahrscheinlich für Zweidrittel der Beschäftigten, die in der Stadt sowohl ihren Wohn- wie ihren Arbeitsort haben, akzeptable Verbindungen. Allerdings wäre es – ähnlich wie im Schulverkehr – erforderlich, die Taktungen an die Arbeitszeiten der großen Betriebe anzupassen. Die Mitarbeiter*innen von Lobetal wären eher zum Umstieg bereit, wenn das Angebot nicht halbstündig, sondern hinsichtlich Arbeitsbeginn- und Ende 15-minütig wäre. Genauso geht es den Arbeitnehmer*innen in den Gewerbegebieten in Altenhagen oder Westercelle.

Aber: Wer arbeitet schon noch an seinem/ihrem Wohnort. Im Landkreis Celle haben tatsächlich fast 2/3 der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz nicht in ihrer Wohnortgemeinde, fast ein Drittel arbeiten in der Kreisstadt, gut 11.000 Beschäftigte pendeln aus dem LK Celle nach Hannover. Gleichzeitig pendelten 12.829 Beschäftigte aus anderen Landkreisen nach Celle ein (Einpendler), darunter ein Drittel aus Hannover.

Interessanterweise ist die Pendelei aus Gemeinden an der Bahnstrecke nach Hannover ja weder viel teurer, noch vom Zeitaufwand her weit auseinander. Beispiel Celle (Vorwerk) nach Hannover (Uni): Ein Routenplaner weist knapp eine Stunde Fahrzeit aus und Kosten von rund 5 Euro für eine Fahrt. Bei der Bahn kostet ein Monatsticket im sogenannten GVH-Regionaltarif 144,90 EUR plus dann ermäßigte Monatskarte für die Stadt Celle 42,80 EUR – zusammen 187,70 EUR. Bei 20 Arbeitstagen wäre der ÖPNV schon günstiger. Beim Zeitfaktor spielen selbstverständlich die Fuß-

Tabelle 5 Beförderungsaufkommen im Schüler- und Jedermannverkehr 2009 und 2016

| Aufkommensart | 2009 | | 2016 | |
|------------------------|-----------|---------|-----------|---------|
| | Beff/a | Anteil | Beff/a | Anteil |
| Schüler | 4.225.000 | 65,0 % | 4.144.668 | 64,5 % |
| Jedermann | 2.275.000 | 35,0 % | 2.284.883 | 35,5 % |
| Gesamt | 6.500.000 | 100,0 % | 6.429.551 | 100,0 % |
| Entwicklung für Gesamt | | | -70.449 | -1,1 % |

wege noch eine Rolle. Vor allem aber dürfte es eine eingespilte Bequemlichkeit sein, die so viele das Auto nehmen lässt.

Wer aber jetzt wissen will, warum die einen mit dem Auto fahren und die anderen den ÖPNV nutzen, müsste tatsächlich in die Tiefe gehen. Um gezielter auf Bedarfe eingehen zu können braucht es Daten, Daten, Daten.

Der Nahverkehrsplan bildet fast nichts ab: Es gibt keinerlei auf Linien, Haltestellen oder Tageszeiten bezogene Nutzer*innendaten – ledig zum gesamten Beförderungsaufkommen (siehe Tabelle unten).

Prognose: Kaum Nachfrageanstieg

Im Unterschied zu den in den letzten Jahren stagnierenden Fahrgastzahlen im städtischen Nahverkehr wird im Celler Nahverkehrsplan ein Anstieg der Nachfrage von 2017 bis 2023 um +2 bis +3 % Prozent prognostiziert. (Vgl. NVP, 54) Was erstaunlich ist, weil ein herausstechender Ehrgeiz zur Verbesserung der Angebotssituation in Celle nicht zu erkennen ist. Hinsichtlich Qualität und Zukunft nur zwei Zitate:

„In einer Gesamtbewertung kann festgestellt werden, dass bezogen auf die Fläche das ÖPNV-Angebot im Landkreis Celle im Durchschnitt vergleichbarer Landkreise liegt, auf der Straße sogar darüber. Bezogen auf die Anzahl der Einwohner (und potenziellen Fahrgäste) liegt es jedoch um fast 20 % darunter, unter Einbeziehung des SPNV sogar noch deutlicher.“ (NVP, 11)

„Der Modal-Split-Anteil des öffentlichen Verkehrs an der Gesamtmobilität geht nicht weiter zurück, sondern bleibt eher stabil. Diese Tendenz wäre nur entscheidend in Richtung ÖPNV zu beeinflussen, wenn es erneut zu einem dramatischen Kostenanstieg für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) bei gleichzeitiger wesentlicher Ausdehnung der ÖPNV-Angebote käme. Für große Städte hat sich gezeigt, dass solche Tendenzen realistisch sein können. Für ländliche Räume wie den Landkreis Celle ist davon eher nicht auszugehen.“ (NVP, 54)

Wer jetzt eine Antwort erwartet, warum davon eher nicht auszugehen ist, wird enttäuscht – es scheint sich um ein Gefühl zu handeln. Der NVP kommt insoweit einer politischen Haltung entgegen, die nichts ändern will. Das wesentliche Argument dabei ist für Kreisverwaltung und eine wahrscheinlich breite Mehrheit des Kreistages, dass jede Angebotserweiterung Kosten erzeugt, die eben nur zu Teilen aus dem Landeshaushalt erstattet werden.

Dazu kommt, dass auch CeBus nicht gerade ein Feuerwerk an Ideen abbrennt. Muss sie auch nicht: Ihr Leistungskatalog bestimmt sich einfach durch die Festlegungen im Rahmen des Vergabeverfahrens im Jahr 2014. Und diese Vergabe wird erst zu 2025 aktualisiert. Aber vielleicht ist gerade vor diesem zeitlichen Hintergrund wichtig, dass „Politik“ und Öffentlichkeit anfangen, sich mit Verbesserungen des ÖPNV zu befassen, die über den Schüler*innen-Verkehr hinausgehen.

Busfahrer*innen – endlich Entlohnung nach Tarif

Kaum zu glauben – aber: Der Kreisausschuss ermächtigt den Landrat dahingehend, „dass für das Fahrpersonal [bei CeBus] ein Entgelt auf Niveau des branchenüblichen und im Land Niedersachsen gebräuchlichen Tarifvertrages AVN-ver.di gezahlt werden muss.“ Die Mehraufwendungen soll der Kreis im Rahmen des Verkehrsvertrages zahlen. Interessant ist die Begründung aus dem Hause von Landrat Wiswe: Mit keinem Wort wird der Nutzen von Tarifbindungen für die Beschäftigten erwähnt. Argumentiert wird aus Unternehmenssicht. CeBus zahlt aktuell so wenig, dass die Fahrer*innen weglauen. Wenn dann Lücken im Schüler*innen-Verkehr entstünden, müsste dies mit teuren Notvergaben ausgeglichen werden. - Aber den Busfahrer*innen dürfte es egal sein: Sie bekommen demnächst brutto ca. 1,50 EUR mehr pro Stunde (etwa ein Plus von 13 %).



Ohne Auto leben Vortrag von Bernhard Knierim

Das Auto ist allgegenwärtig. Es wurde zum Symbol für moderne Mobilität und erscheint unverzichtbar. Doch die Probleme, die es mit sich bringt, sind unübersehbar: Unfälle mit Toten und Verletzten, Lärm, Staus, Stress, Klimawandel, Umweltverschmutzung, enormer Flächenverbrauch für die benötigte Infrastruktur und immense Kosten für die Allgemeinheit.

Bislang ist es besonders abseits großer Städte nicht immer einfach, das Leben ohne Auto zu organisieren. Nur wenn individuelles und politisches Handeln zusammenkommen, ist eine Veränderung unserer Mobilität in größerem Maßstab möglich.

Bernhard Knierim ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Bundestag und setzt sich für einen grundlegenden Wandel der Verkehrspolitik ein. Von ihm erschien zuletzt bei Promedia "Ohne Auto leben. Handbuch für den Verkehrsalltag".

Eine Veranstaltung der vhs Celle in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen.

Do., 23. März 18.30 Uhr, vhs (Trift 20), gebührenfrei



----- 29.10.2019 -----

SIGMAR 2 blockiert

Die Gruppe SIGMAR 2 (Solidarische Intervention gegen Menschenrechtswidrige Angriffskriege und Rüstungsexporte) blockiert von 5.30 Uhr an für rund neun Stunden das Rheinmetall-Werk im niedersächsischen Unterlüß. In der Erklärung der Gruppe heißt es: „Diese Aktion ist ein Akt der Solidarität mit den Menschen in Rojava, die seit dem 9. Oktober von der türkischen Armee und dschihadistischen Gruppen angegriffen werden. Dies geschieht auch mit Waffen von Rheinmetall. Mit den in Deutschland produzierten Waffen werden nicht nur die Verteidiger*innen der demokratischen Selbstverwaltung ermordet, sondern auch zahlreiche Gräueltaten gegen Zivilist*innen verübt. Die Aktionsgruppe SIGMAR 2 stellt sich gegen jegliche Unterstützung dieses menschenrechtswidrigen Angriffskrieges und blockiert zumindest zeitweise jene, die die Waffen für den türkischen Faschismus herstellen.“

----- 25.11.2019 -----

Edle Spender

„FDP-Mitglieder spenden Bäume“, lautete die Überschrift einer Pressemitteilung der Stadt Celle an die Me-



dien. Bei dem Pressetermin sollten am Tribünenbusch die vier „edlen Spender“ von Stadtbaurat Ulrich Kinder und Fachbereichsleiter Jens Hanssen bei der Pflanzung einer Stieleiche „unterstützt“ werden. Drei Pressefotografen erschienen dann auch tatsächlich zu dieser lächerlichen Partei-Werbeinszenierung um eine Stieleiche. Die FDP-Mitglieder waren: der FDP-Ratsfraktionsvorsitzende Falkenhagen, der FDP-MdL Bode, der FDP-Kreisvorsitzende und der FDP-Ortsverbandsvorsitzende, die gewiss diese „edle Spende“ nun als Werbungskosten in ihrer Steuererklärung geltend machen können. Unfassbar, dass gleich zwei hohe Verwaltungsbeamte ihre kostbare Dienstzeit für einseitige FDP-Parteiwerbung verplempern und sich über das Neutralitätsgebot (Beamtenengesetz) hinwegsetzen.

----- 03.12.2019 -----

Brandanschlag

„Im Verlaufe der Nachtstunden zu Dienstag hatten Unbekannte einen Lkw mit Bohrkopf in Brand gesetzt. Das Fahrzeug war auf einem Feld, südlich des Einmündungsbereiches Wittinger Straße/Lachtehäuser Straße, abgestellt und diente zur Durchführung von Probebohrungen für die Erschließung der geplanten Ortsumgehung. Der Brand wurde am Morgen zu Arbeitsbeginn von Mitarbeitern der beauftragten Firma entdeckt, die so dann die Polizei verständigten. Das Feuer war bereits weitgehend erloschen. [...] Durch den Brand wurde der Lkw im Bereich der Fahrerkabine sowie der Hydraulik stark beschädigt. Der Sachschaden wurde auf ca. 80.000 Euro geschätzt.“

Soweit eine Polizeimitteilung vom 3.12.2019. Die CZ titelte am Folgetag: „Straßengegner am Werk? Bohr-Lkw abgefackelt“ und fragte im Text: „Wird der Kampf gegen den Weiterbau der Ostumgehung jetzt mit kriminellen Mitteln fortgeführt? Dieser Verdacht liegt nahe [...]“ Unterstützung fand Redakteur Meinrenken dann auf Nachfrage bei der Polizei: „Wir ermitteln in alle Richtungen, aber es ist natürlich naheliegend, dass der Brand etwas mit dem Bau der Ostumgehung zu tun haben könnte“, so ein Polizeisprecher gegenüber der CZ. Noch steiler war, wie Wolf-

gang Lohmann, stellvertretender Vorsitzender der Bürgerinitiative "Ostumgehung Celle – jetzt!" sich zitieren ließ: „Unglaublich, dass die offensichtlichen Ostumgehungsgegner jetzt zu solchen unmöglichen Mitteln greifen.“ Geht es zu weit, das als verleumderische Hetze zu empfinden? Wahrscheinlich. Am Tag darauf wurde Lohmann stellvertretend für seine BI auf dem Bürgerempfang der Stadt für „Zivilcourage und ehrenamtliches Engagement“ geehrt. Es sagt im übrigen auch einiges über das von der CZ angeheizte Klima gegen Ostumgehungsgegner*innen, dass sich der BUND-Landesvorsitzende Heiner Baumgarten genötigt sah, sich von dem Brandanschlag zu distanzieren.

----- 09.12.2019 -----

Bürgerempfang

„Alle interessierten Cellerinnen und Celler waren eingeladen“ und darum blieben die Stuhlreihen im großen Saal der Celler UNION zu drei Viertel unbesetzt, als Nigge „das Jahr launig Revue passieren ließ“ (Presstext der Stadt). In den ersten beiden Reihen saßen die persönlich geladenen Gäste. Die dritte und vierte Reihe blieb fast unbesetzt, denn dort prangten auf jedem Stuhl lediglich die Platzhalterzettel für die abwesend gebliebenen Ratsmitglieder. Beim Bürgerempfang 2018 gab es noch ein volleres Haus, und den Kulturpreisträgern Elke und Lothar Haas wurde für ihr herausragendes Engagement gratuliert. Die machen sich heute jedoch für den Erhalt der Nordwallhalle stark und sind bei Nigge entsprechend unbeliebt. Der hat inzwischen neue Freunde gefunden, mit denen er sich wieder und wieder öffentlich verbrüdet. So wurden auch an diesem Abend die Vertreter der Bürgerinitiative OSTUMGEHUNG CELLE-JETZT! von Nigge dafür gelobt, sich „besonders engagiert und um Celle verdient gemacht zu haben“. Nigge hatte im Verwaltungsausschuss der Stadt keine Mehrheit für seine Idee einer 7000 Euro teuren Veranstaltung mit der CZ zu einer eigenen Sportlerehrung bekommen. So blieb ihm zum Schluss des Bürgerempfangs nur noch die beiläufige „Ehrung verdienter Persönlichkeiten des Celler Sports“.

----- 11.12.2019 -----

Lebensmittelkontrolle

Vier von zehn vorgeschriebene Lebensmittelkontrollen in Niedersachsen fallen aus – weil die Landkreise und kreisfreien Städte viel zu wenig Personal für den Verbraucherschutz haben. Besonders prekär war die Lage in den Landkreisen Helmstedt, Celle und Gifhorn, wo die Lebensmittelämter noch nicht einmal ein Viertel der vorgeschriebenen Kontrollbesuche durchführen konnten. Das sind die Ergebnisse einer umfassenden Datenrecherche von foodwatch.

In ihrem Report „Kontrolle ist besser“ hat die Organisation Daten zur personellen Ausstattung sowie den Soll- und Ist-Zahlen für vorgeschriebene Betriebskontrollen aus den fast 400 Lebensmittelkontrollbehörden in Deutschland veröffentlicht. Vom Landkreis Celle wurde die „Auskunft verweigert“ über die Zahl der Lebensmittelbetriebe und die Zahl der Lebensmittelkontrollen. Von 1590 „Soll-Plankontrollen“ wurden im Jahr 2018 nur 346 durchgeführt, also gerade einmal 22 %. Gegenüber der CZ behauptete der Landkreis-Sprecher Tore Harmening man könne nicht nachvollziehen, woher foodwatch die Zahlen habe: *„Eine Anfrage beim Landkreis hat es nicht gegeben.“* Er räumte ein, dass der Landkreis weit hinter den Sollvorgaben des Landes zurückbleibe. Und dies, obwohl im Jahr 2018 bei dreiviertel der durchgeführten Kontrollen Verstöße festgestellt wurden. Die Lücke bei den Kontrollen wird mit fehlendem Personal begründet. Inzwischen sei es gelungen von sechs Planstellen wieder fünf zu besetzen. So wurden 2019 fast die Hälfte der Soll-Kontrollen geschafft.

Ach so. Auf unsere Anfrage hin übermittelte uns foodwatch die Antwort des Landkreises mit Datum vom 27.5.2019

----- 15.12.2019 -----

Rodenwaldt raus

Das Ratsmitglied Jörg Rodenwaldt erklärt seinen Austritt aus der SPD-Fraktion; gleichzeitig tritt er aus der SPD aus. Noch 2017 war Rodenwaldt SPD-Landtagskandidat und hatte nur knapp gegen Thomas Adasch (CDU) verloren. Wenige Wochen später

scheiterte er mit seiner Kandidatur für den Stadtverbandsvorsitz, woraufhin er als Vorsitzender der Ratsfraktion zurücktrat. Das Vertrauensverhältnis in der Fraktion verschlechterte sich seitdem zunehmend. Rodenwaldt will seine Mandate in Stadt- und Ortsrat behalten und auch Ortsbürgermeister von Neuenhüsen bleiben. - Nachdem vorher schon Inga Marks die Ratsfraktion verlassen hatte, ist diese auf jetzt 10 Mitglieder geschrumpft.

----- 16.12.2019 -----

20% Niedriglohn

Im Landkreis Celle arbeiten rund 6.600 Vollzeit-Beschäftigte zum Niedriglohn. Damit liegt jeder fünfte Arbeitnehmer (19,1 Prozent) trotz voller Stundenzahl unter der amtlichen Niedriglohnschwelle von aktuell 2.203 Euro brutto im Monat. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten mit. Die NGG Hannover beruft sich hierbei auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Geschäftsführerin Lena Melcher spricht von einem „Alarmsignal“. Tausende Menschen hätten trotz langer Arbeitstage enorme Probleme, finanziell über die Runden zu kommen. „In Metzgereien, Bäckereien, Restaurants und Hotels ist der Anteil von Niedriglohn-Beschäftigten dabei besonders hoch. Hier müssen die Firmen endlich deutlich höhere Löhne zahlen“, fordert Melcher. Nach Angaben der Arbeitsagentur liegen bundesweit 53 Prozent aller Vollzeit-Beschäftigten im Lebensmittel- und Gastgewerbe unter der Niedriglohngrenze.

----- 01.01.2020 -----



Celler Kloake

„In Sachen öffentliche Toiletten ist die Stadt Celle überaus gut aufgestellt“, lobte Nigge noch im November sein neues Toiletten-Konzept für 2020, das „moderne und barrierefreie öffentliche Toiletten an sieben Standorten für das gesamte Stadtgebiet“ anbieten soll. Über Silvesternacht wurde dann

das „historische“ öffentliche WC in der Neuen Straße ersatzlos geschlossen. Auch wer seit dem Neujahrstag 2020 die Bahnhofstoiletten aufsuchen wollte, fand nur eine Nachricht an der geschlossenen WC-Tür: *„Der Betrieb dieser öffentlichen WC-Anlage wird durch die Stadt Celle zum 31.12.2019 eingestellt.“* Die männlichen Straßenköter haben schon riechbar und sichtbar ihr „Ersatzklo“ am Nordausgang des Bahnhofs gefunden.



----- 10.01.2020 -----

Richter abschieben

Beim Neujahrsempfang des OLG Celle bezog sich dessen Präsidentin Stefanie Otte in Sachen „Unabhängigkeit der Justiz“ auf einen Tweet der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch. Nachdem ein Landesarbeitsgericht eine wegen „Salafismus-Verdachts“ ergangene Kündigung zurückgewiesen hatte, meinte von Storch: *„Diesen Richter sollten wir gleich mit abschieben. Mindestens Berufsverbot. Oder ist der ein Fall für betreutes Wohnen?“* Otte bezog zu diesem Fall klar Position: *„Richter, deren Entscheidung einem nicht gefallen, sollen also aus dem Richteramt entfernt werden können. Wer das sagt und fordert, bewegt sich nicht mehr auf dem Boden unserer Verfassung.“*



Wir fahren, fahren, fahren auf der Autobahn



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Dass ich das noch erleben muss. Eine Autobahn durch ein FFH-Gebiet und alle schreien: Yeah!

Der Besserwisser: Hast du erwartet, dass sie sich besinnen?

Oma Lilo: Aber ich hätte nicht gedacht, dass der BUND einknickt.

Die Dicke: In der Tat ein einziges Elend. Der Landesverband gibt sich zufrieden mit den Wunderwerken deutscher Umwelttechnologie, genannt Fledermausbrücken, und lässt den Celler Kreisverband dastehen wie Umwelthysteriker.

Der lange Lulatsch: Aber die letzten Monate waren auch schon hart für Gegner*innen der Ostumgehung.

Oma Lilo: Oh ja. Da werden beim Bürgerempfang Leute von Nigge für „*ihr ehrenamtliches Engagement*“ ausgezeichnet, die eine regelrechte Hasskampagne gegen den BUND gefahren haben. Eine unglaubliche Vergiftung der politischen Kultur, immerhin handelt es sich um einen anerkannten Naturschutzverband.

Der lange Lulatsch: Und Nigge dann gegenüber der CZ: „*Dass ich hier selbst im Rathaus hinter verschlossenen Türen arbeiten muss, finde ich bitter.*“

Oma Lilo: Seit fünfzig Jahren eine einzige Verarsche. Schon Anfang der 1970er hätte Celle eine funktionstüchtige Umgehungsstraße haben können. Und da ging es wirklich noch um die Entlastung der Innenstadt und der Allerbrücke. Mit 17 Millionen DM, die Hälfte aus der Stadtkasse, die andere Hälfte vom Land war die Westumgehung fast fertig. Und dann bricht man sie am Bremer Weg einfach ab. Das Land habe kein Geld mehr. Darum wandte man sich der sogenannten Ostumgehung zu, weil sie als Bundesstraße 3 gebaut werden sollte auf Kosten des Bundes. Und das, was die Westtangente wirklich zu einer Umgehungsstraße gemacht hätte, wird jetzt nach über 50 Jahren fast als Letztes angegangen. Einfach nur ein Irrsinn.

Der Besserwisser: Es war den Autobahnfans immer klar, dass die Allerquerung im Osten eigentlich nicht genehmigungsfähig ist. Und im ersten Schritt ihr erinnert euch, ist sie ja 1984 auch vor Gericht gescheitert – unter anderem mit dem Argument fehlenden Bedarfs.

Die Dicke: Das war seinerzeit aber auch eine noch idiotischere Trassenführung. Da sollte ja noch hinterm Herzog-Ernst-Ring und auf der anderen Seite hinter der Dammaschwiese gequert werden.

Oma Lilo: Und – das will einem heute ja niemand mehr glauben: Wer war die Speerspitze der Opposition?

Die Dicke: Die Cellesche Zeitung.

Oma Lilo: Mit guten Gründen: Umweltzerstörung, Zerstörung eines Naherholungsgebietes. Als Alternative kam – neben der Fertigstellung der Westumgehung – der Hinweis, eine Ostumgehung müsse, wenn sie denn nicht die alte Stadt von den neu eingemeindeten Stadtteilen trennen sollte, hinter Altencelle geführt werden.

Der lange Lulatsch: Warum sind die Planer eigentlich davon ausgegangen, dass sie die jetzige Trasse durchbekommen?

Die Dicke: Als die Obere Allerniederung dann auch noch FFH-Gebiet wurde, hat z.B. Landrat Wiswe keine Chance mehr gesehen. Dazu kam, dass zwischendrin mit dem Ausbau der Biermannstraße eine weitere Allerquerung da war. Jetzt hat sogar die Allerbrücke im Zentrum noch eine weitere Spur bekommen. Das Ursprungsargument: Entlastung der Allerbrücke und der Altstadt ist seit Jahren vom Tisch, dort hat der Verkehr trotz höherer PKW-Dichte abgenommen. Der Durchgangsverkehr, um den es vor 50 Jahren ging, liegt heute bei unter 5 Prozent.

Klein Jonas: Und warum dann noch die Ostumgehung?

Oma Lilo: Das war schon tricky gemacht. Kein vernünftiger Mensch würde anfangen, eine Straße zu bauen, bevor nicht alle Abschnitte genehmigt sind. Aber nein: Die Planer gingen mit der Behauptung in den Ring, die ersten beiden Streckenabschnitte – also von vor Nienhagen bis an die Braunschweiger Straße – hätten auch unabhängig vom dritten Teil, also der Allerquerung eine eigene entlastende Wirkung.

Die Dicke: In Wahrheit kam das Gegenteil. Genau wie bei der nicht fertiggestellten Westumgehung endet aktuell die Ostumgehung eigentlich im Nirwana. Oder eben nicht: Weil sich der Verkehr eben durch Altencelle quälen kann.

Oma Lilo: Damit wurde genau das produziert, was es als Volkes Stimme noch brauchte: von Staus genervte Autofahrer*innen und entnervte Anwohner*innen in Altencelle.

Klein Jonas: Und der Wald ist ihnen egal?

Der lange Lulatsch: Um in das zu kommen, was sie als Wald empfinden, müssen sie doch sowieso erstmal ins Auto steigen.

Oma Lilo: Ich finde das auch überraschend. In den Leser*innenbriefen der 1970er und 1980er Jahre gibt es ganz starke Bezüge auf Natur, Umwelt, Naherholung. Ich denke wirklich, damals hätte es aus Altencelle, Lachtehausen und Altenhagen massenhaft Protest gegeben, hätte man ihnen das heutige Straßenbauprojekt aufhalsen wollen.

Der lange Lulatsch: Wahrscheinlich können sich die Leute gar nicht vorstellen, was ihnen da vor die Nase gesetzt wird und welche Barrierewirkung zur Kernstadt das Ganze für sie haben wird.

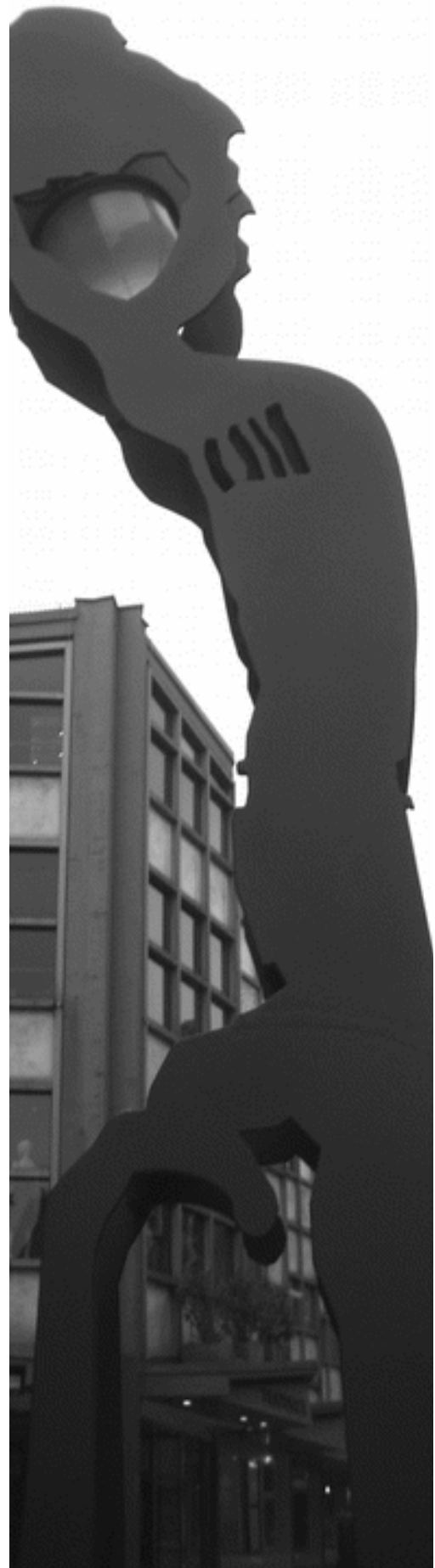
Der Besserwisser: Fassen wir zusammen: Mit Fertigstellung der A7 war Celle eigentlich vom Durchgangsverkehr befreit und der Ursprungsgrund entfallen. Die Überlastung der Allerbrücke ist mit der Biermannstraßenbrücke vom Tisch. Das einzig verbliebene Argument war „Temposteigerung“. Ergebnis: jahrelange Staus auf der Altenceller Alten Dorfstraße. Klingt nach einem gut durchdachten Plan.

Der lange Lulatsch: Um die Temposteigerung dürfte es auch nach Fertigstellung des Gesamtprojekts nicht weit her sein. Aber es fühlt sich halt an wie Autobahn. Und ist ja auch fast so – Fahrradstreifen wird es ja nicht geben, also werden einen die bescheuerten Ökos auch nicht überholen, wenn's mal wieder einen Stau gibt.

Klein Jonas: Und die Umwelt ist ihnen egal?

Der lange Lulatsch: Kennst du nicht von Kraftwerk „Autobahn“ - das kommt doch auch „grün“ vor. (*Fängt an zu singen:*) Wir fahren, fahren, fahren auf der Autobahn ...

Und alle steigen ein: ... Wir fahren, fahren, fahren auf der Autobahn / Fahrbahn ist ein graues Band / Weiße Streifen, grüner Rand ...



Der Krieg und seine Logistik: Defender 2020

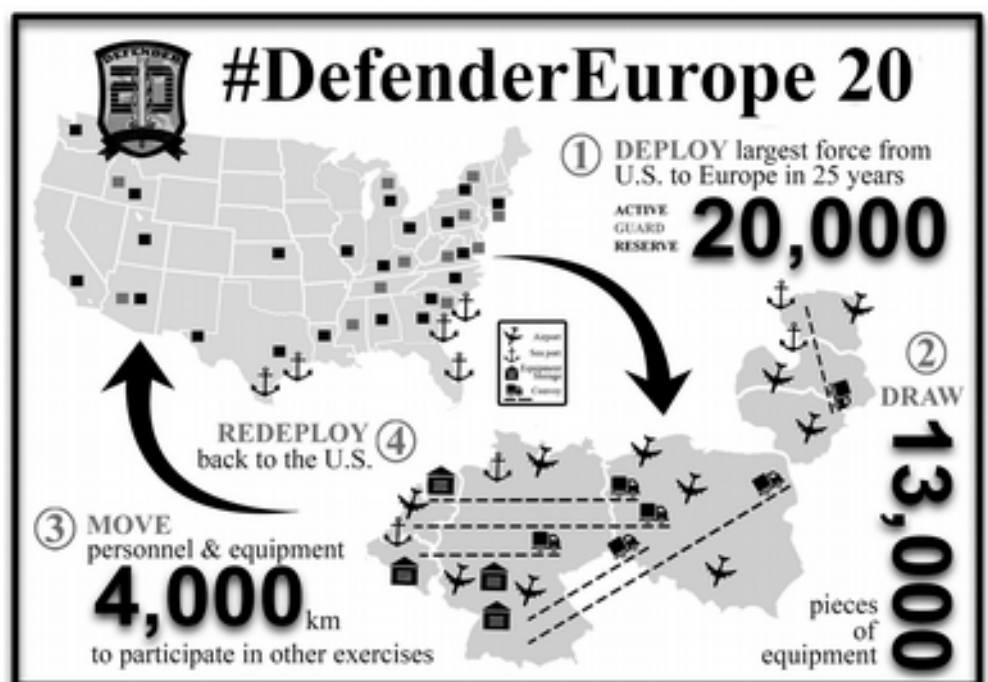
Ein neuer großer Krieg in der Mitte Europas? Für die NATO und die USA ist dies schon länger kein abstraktes Szenario, sondern eine Option, die ganz konkret vorbereitet wird. Dabei drehen sich die Überlegungen kaum um die Auswirkungen einer solchen Konfrontation für die Bevölkerung, sondern vor allem darum, Krieg in Europa führbar zu machen. Der Chef der US-Landstreitkräfte, General James McConville, sieht in einem Krieg auf dem europäischen Kontinent nicht die Gefahr einer humanitären Katastrophe, sondern die eines logistischen Alptraums. Um dies zu vermeiden, beabsichtigen die Streitkräfte der USA mit Beteiligung anderer NATO-Staaten und der Bundeswehr im Frühjahr 2020 die Durchführung eines militärischen Großmanövers mit der Bezeichnung „DEFENDER 2020“ (DEF 20). Dieses Militärmanöver wird in wesentlichen Teilen auch aus Deutschland unterstützt. DEF 20 ist ein militärisches Großmanöver, das es in dieser Größenordnung seit 25 Jahren nicht mehr gegeben hat. Mit DEF 20 soll unter Beweis gestellt werden, dass es möglich ist, in kurzer Zeit große Mengen an Panzern und Soldaten quer durch Europa an die russische Grenze zu transportieren.

Deutschland als ‚Drehscheibe und Transitland‘

Schon allein geographisch kommt Deutschland für die US-Militärpläne eine große Bedeutung zu, doch die Bundesregierung versteht sich spätestens seit der Veröffentlichung der jüngsten Konzeption der Bundeswehr ganz bewusst „als mögliche Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung.“ Dieser Anspruch soll nun im Rahmen von DEF 20 unter Beweis gestellt werden. Im Zusammenhang mit dem Manöver soll von Januar bis Mai 2020 eingeübt werden, wie eine Division, also ein militärischer Großverband, quer durch Europa ins Baltikum und nach Polen verbracht werden kann. Die Architekten des Manövers vergleichen es mit dem D-Day und damit mit dem Kampf gegen Hitlerdeutschland. Einmal abgesehen davon, was so ein Vergleich über das Verhältnis von USA und Russland sagt, wird klar, dass hier großangelegte militärische Auseinandersetzungen vorbereitet werden.

Eine ganze Division US-Soldaten (Mannschaftsstärke circa 20 bis 25.000) und deren Material sollen aus den USA transportiert werden. Insgesamt werden wohl bis zu 40.000 Soldaten an dem Manöver beteiligt sein. Anfangs war die Rede davon, dass zehn Länder an der Übung beteiligt sein sollen, zwischenzeitlich wird von 15 NATO-Ländern und zwei Partnernationen berichtet. Die Verlegung der Truppen durch Deutschland und damit auch die Einbeziehung von Bundeswehrstandorten wird schwerpunktmäßig von April bis Mai 2020 stattfinden.

Zu den involvierten Standorten in Deutschland gehören drei „Convoy Support“ Zentren, in Garlstedt (Landkreis Oberholz in Niedersachsen), Burg (bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt) und das Support Zentrum im Truppenübungsplatz Oberlausitz. Welche Ausmaße DEF 20 hat, zeigt sich daran, dass beim Truppenübungsplatz Bergen eigens für dieses Megamanöver eine Tankanlage aufgebaut wird. In Grafenwöhr (Bayern) sollen Gefechtsstandsübungen stattfinden und eine Divisionskommando-Übung durchgeführt werden. Neben europäischen Seehäfen wie Antwerpen (Belgien), Vlissingen (Niederlande) und Paldiski (Estland) wird Bremerhaven für die Verbringung der Kriegsgüter eine wichtige Rolle spielen. Insgesamt sollen etwa 20.000 größere Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge aus den USA nach Europa verbracht werden. Die Transporte über den Atlantik werden mit Schiffen und Flugzeugen durchgeführt. Durch Europa werden einerseits Bahntransporte stattfinden und andererseits werden Soldaten in Bussen und Rüstungsgegenstände in Konvois in großem Umfang auf den Straßen unterwegs sein.



Offene Grenzen für Panzer

Um Defender 2020 möglichst an echte Kriegsszenarien anzulehnen, gehören zum Beispiel auch eine Flußüberquerung mit 11.000 Soldaten in Polen und Fallschirmabsprünge in Georgien zu den geplanten Aktivitäten. Es geht bei dem Manöver aber nicht allein darum, das militärische Gerät und die militärischen Kommandostrukturen zu testen, sondern auch deren Zusammenspiel mit zivilen Strukturen: „Mit der Unternehmung wird sowohl die [zivile] Infrastruktur als auch die Grenzpolitik getestet.“ Damit schließt Defender direkt an Bemühungen auf EU-Ebene an, mit denen sowohl bürokratische Hürden für den Transport von Panzern und anderem Militärgerät quer durch Europa abgebaut werden sollen. In Zeiten von immer stärkeren Einschränkungen für die Freizügigkeit von Menschen sollen gleichzeitig Panzer ohne größere Hindernisse von einem Land ins andere rollen können.

Erklärtes Ziel von Defender ist es, die Auseinandersetzung mit einem nahezu gleichstarken Gegner (near-peer adversary) zu simulieren und die Fähigkeit der USA zur „Machtprojektion“ über den Atlantik hinweg zu beweisen. Deswegen geht es neben der Transportlogistik auch explizit um grenzüberschreitende Kämpfe und Kampfvorbereitung, wie aus der Aufgabenbeschreibung für die Bundeswehr und besonders das deutsche Heer hervorgeht, die den Obleuten im Verteidigungsausschuss am 1. Oktober 2019 zuging: „Kampf, Kampfunterstützung und Führung – in Deutschland, Polen und Litauen“, werden dort explizit als Schwerpunktbereiche für die Beteiligung der Bundeswehr benannt. Deswegen ist es auch wenig überraschend, dass die von deutschen Soldaten geführte enhanced Forward Presence (eFP) Battlegroup in Litauen integraler Bestandteil dieser Mobilmachung ist. [...]

Das Manöver Defender soll zukünftig jedes Jahr wiederholt werden – nicht nur als transatlantisches Manöver, sondern auch jeweils parallel im Pazifikraum. Die Manöver sollen im jährlichen Wechsel als schwere und leichte Manöver stattfinden. Während 2020 das Manöver im Pazifik nur als sogenanntes leichtes Manöver durchgeführt wird, während das transatlantische Manöver einen großen Umfang hat, wird das Pazifikmanöver 2021 das Schwergewicht bilden. [...]

Manöver ist ein Angriff auf Frieden und Umwelt

Wegen der Größe von DEF 20 werden umfangreiche Abstimmungen zwischen Bundesregierung und Landesregierungen nötig sein und auch massive Auswirkungen auf Straßen- und Schienenverkehr sind zu erwarten. Um allzu großen Unmut in der Bevölkerung zu verhindern, verspricht die Bundesregierung, dass es während der Osterfeiertage nicht zu Truppenbewegungen kommen soll. Selbst wenn diese kurze Pause eingehalten werden sollte, wird allein die Ökobilanz dieser Großtransporte quer durch Europa verheerend sein. Die Bundesregierung be-

Häfen, Straßen, „Rasträume“

In einem an die Mitglieder des Verteidigungsausschusses versandten Schreiben aus dem Verteidigungsministerium vom 13. Januar 2020 werden die Haupttrouten der Transporte benannt:

Zu den Häfen, an denen Gerät und/oder Soldaten anlanden werden, zählen Bremerhaven, Bremen, Duisburg, Krefeld und Mannheim. Als Flughäfen werden sich Berlin, Bremen, Hamburg, Frankfurt, München, Nürnberg, Ramstein und eventuell Bremen verdingen.

Von besonderem Interesse sind die geplanten Straßenrouten – als „Hauptstrecken“ nennt das Verteidigungsministerium nun in seinem Schreiben vom 13. Januar 2020 (etwas abweichend zu vorherigen Informationen) „von Venlo und Aachen über Dortmund – Hannover – Berlin – Frankfurt/O“ sowie „Bremerhaven – Hamburg – Berlin – Stettin“. Außerdem dabei die Strecke „Mannheim – Hannover“ und „Mannheim – Nürnberg – Dresden – Görlitz“.

Geschlafen wird in den „Rasträumen“ Rheindalen, Augustdorf, Burg Lehnin, Oberlausitz, Garlstedt, Stadtlendorf und Frankenberg, während „Convoy Support Center“ in Garlstedt, Burg und Oberlausitz sowie eine im Zuge des Manövers aufzubauende Tankanlage in Bergen Logistikunterstützung bieten sollen.

In der Celleschen Zeitung vom 06.08.2019 war zudem zu lesen: „In der ersten Phase der Übung zwischen Mitte Januar und Mitte April werden etwa 3000 Fahrzeuge, 600 See-Container und etwa 4500 Personen Richtung Truppenübungsplätze Bergen sowie Munster Nord und Süd verlegt. Bis Ende Mai werden dann die Schießbahnen und Manövergebiete intensiv genutzt. Schließlich haben die Truppenübungsplätze Bergen sowie Munster Nord und Süd ein enormes Potenzial. Etwa 50 Schießanlagen für Einzelschützen bis zur Kompanie mit Panzern und Schützenpanzern stehen zur Verfügung. Zudem verfügen die Kasernen über etwa 5000 Betten in Gebäuden und nochmal genauso viele Schlafplätze in Zelten. Die Amerikaner werden im Camp Bad Fallingbostal untergebracht.“

Im Internetportal CelleHeute war am 23.10.2019 zu lesen: „Kommenden April/Mai steht die Übung „Defender 2020“ mit Besuch der luftbeweglichen Einheiten einer US-Brigade in der Immelmann-Kaserne an.“

grüßt dennoch das Manöver DEF 20 und unterstreicht „die Wertschätzung der USA für multinationale Zusammenarbeit“ und das „deutliche Bekenntnis“ der USA zur „Sicherheit Europas“. Ob solches Säbelrasseln wirklich mehr Sicherheit bringt, darf bezweifelt werden – es steht im Gegenteil zu befürchten, dass durch solche Manöver die Kriegsgefahr in Europa wächst. Deswegen ist es notwendig – und wegen der größeren Vorlaufzeit auch möglich –, sowohl dezentrale als auch bundesweite Aktionen der Friedensbewegung und hoffentlich zahlreicher Bündnispartner vorzubereiten.

Weitere Infos auf: <https://www.imi-online.de/>

Bundesregierung ruiniert Landwirte

Unter Federführung einer Ex-Weinkönigin schnürte die Bundesregierung im September 2019 ein Agrarpaket, das bis Mai 2020 in Kraft treten soll. Auf den Feldern stehen seitdem grüne Kreuze, Mahnfeuer flackern auch im Landkreis Celle auf, der aus dem EU-Agrarfond mit 78.596,65 € subventionierte Hannover Landvolk Vorsitzende Volker Hahn schreibt einen Brandbrief an die Politik und der AFD MdB Thomas Ehrhorn demonstriert in Berlin mit den Bauern. Dass es der sog. „Bäuerlichen“ Landwirtschaft in Deutschland nicht gut geht, ist allerdings wahr. So gaben von 2013 bis 2018 allein in Niedersachsen 1.700 Landwirte auf. In ganz Deutschland gab es 1949 ca. 1,65 Mio. Betriebe, in 1995 waren es 580.000 und in 2017 nur noch ca. 270.000 Betriebe.

Die Politik ruiniert nicht – sie hat bereits ruiniert

Zu diesem Fazit müsste eigentlich jeder normal tickende „bäuerliche“ Landwirt kommen und dann einmal selbstkritisch (!) nach den Ursachen fragen. Schließlich waren es vor allem die von diesen Bauern über Jahrzehnte gewählten Agrarpolitiker (vor allem der CDU/CSU) und ihre eigenen Bauernverbandsvertreter, die am Gän-



gelband der Agrar- und Lebensmittelindustrie zielsicher den Ruin der bäuerlichen Landwirtschaft betrieben. Das aber wollten die Bauern nicht sehen und glaubten nur all zu gern den Lügen ihrer Volks- und Standesvertreter, das Ausland und die EU sei an ihrer Misere schuld.

Freie Marktwirtschaft als Zwang zur Produktivitätssteigerung

Während in der DDR die zwangskollektivierten Bauern in den LPGs frei von Existenzsorgen ackern konnten, mussten sich die freien Bauern im Westen den Zwängen der Marktwirtschaft beugen. Schon in den 70er und 80er Jahren zeigte sich das als Existenz bedrohender Zwang zur Produktivitätssteigerung. Während sich in den 60ern ein 100 ha Landwirt noch bis zu zwei Mitarbeiter leisten konnte, musste er in den 70ern schon oft auf 150 ha alleine ackern. Die dafür nötigen Investitionen in Maschinen mussten allerdings durch Ertragssteigerung refinanziert werden. Und so begann eine Orgie aus Intensivierung und vor allem auch des Pestizid-Einsatzes, bei gleichzeitig sinkenden Abnahmepreisen. Wenn aber die Einkünfte pro Hektar sinken, dann brauche ich eben mehr Hektar, und wenn der sinkende Milchpreis pro Kuh weniger bringt, brauche ich eben noch mehr Kühe.

Weltmarkt statt Versorgung der Bevölkerung

Eigentlich war schon damals klar, dass der „Bauer“ diesen Wettlauf mit der industriellen Landwirtschaft nie gewinnen konnte und kann. Wer realistisch war, hörte „freiwillig“ auf und ging z.B. zu VW ans Fließband, wer zu sehr an Blut und Boden hing, hielt durch bis zum Konkurs. Die rund 420.000 Bauern, die in 2000 noch übrig waren, wurden nun zu den nützlichen Idioten einer neuen Ausrichtung der Agrarpolitik: Die deutschen Bauern – vor allem in der Viehhaltung – sollten hinfort verstärkt für den Weltmarkt produzieren. Dies – u.a. vom zwischenzeitlichen Bundes-Landwirtschaftsminister Seehofer propagiert – war für Deutschland äußerst erfolgreich. Aber nicht für die Masse der Bauern, die Betriebe schwanden weiter (s.o.!). Heute ist Deutschlands Wirtschaft drittgrößter Fleischexporteur der Welt und 50% der Milchprodukte werden exportiert. Was auch die AFD-Parole widerlegt: „Ist der Bauer ruiniert, wird dein Essen importiert“. Nein, es kommt dann eben aus der „Agrarfabrik“.

Hauptfeind Düngemittelverordnung

Das Agrarpaket fordert u.a.: Absolut dichte Gülle- und Mistlager; Verlängerung der Sperrfristen für Gülle- und Mistdüngung um einen Monat; Verbot der Herstdüngung im Spätsommer für einige Ackerfrüchte; pauschale Absenkung der Bezugsgrößen bei Berechnung des Dün-



gebedarfs um 20 %. Obergrenze von 170 kg Stickstoff pro Hektar nicht mehr im Durchschnitt, sondern real für jedes Feld; Zwang zu fast ganzjährig durchgehender Bodendeckung. Wer weiß, dass in Niedersachsen derzeit pro Jahr und Hektar Ackerfläche mindesten 0,25 kg bis 5 kg Humus verloren gehen, und wer weiß, dass 2016 (laut Umweltbundesamt, UBA) aus 28 % der Grundwasservorkommen in Deutschland wegen des hohen Nitratgehalts von über 50 mg/l kein Trinkwasser mehr gewonnen werden kann, wird (wie übrigens auch die EU) diese Maßnahmen als eher ungenügend erachten. Den „kleinen“ Bauern treffen sie allerdings hart.

Nitratschwund und andere agrarpolitische Wunder

Der obengenannte Wert von 28 % Nitrat verseuchtem Grundwasser wurde vom UBA inzwischen auf 18 % gesenkt. Eine Verringerung von 10 % in nur 3 Jahren ist naturwissenschaftlich ein Wunder, denn der Abbau von Nitrat im Grundwasser dauert bis zu 100 Jahre. Der Zaubertrick war ein ganz einfacher: Wie schon bei den Stickoxidmessungen, wo man nicht mehr an der Straße, sondern im Park misst, wird das Grundwasser jetzt bevorzugt in nicht landwirtschaftlich genutzten Gebieten gemessen. In Niedersachsen, dem Kernland der Massentierhaltung und der Gülleproduktion, wurde dazu z.B. die Zahl der Messstellen von 23 auf 103 erhöht. Laut einer 2018 im International Journal of Cancer veröffentlichten Großstudie erhöht sich aber bereits ab 3,87 mg/l Nitrat im Trinkwasser die Krebsrate signifikant. Das war eigentlich schon 2006 bekannt und die EU wollte deshalb schon damals den Grenzwert auf 25 mg/l festlegen. Durch das Einwirken der deutschen Agrarlobby wurden dann daraus die „bauernfreundlichen“ 50 mg/l. Heute haben wir in vielen deutschen Städten Nitratgehalte im Trinkwasser von 10 mg/l und mehr.

„Ohne Glyphosat und Leguminosen ist das Grundwasser nicht zu schützen“ ...

... jammert z.B. der Vorsitzende des Landvolks Hannover, Volker Hahn. Dass vor Anpflanzen einer Zwi-

schenfrucht erstmal mit Glyphosat „aufgeräumt“ werden muss, ist ihm selbstverständlich. Vielleicht sollte er mal seine Großeltern oder Kollegen aus der Biolandwirtschaft fragen, wie das ohne geht. Und dass auch ein Teil des Glyphosats im Grundwasser landet, ist ihm „fachlich“ selbstverständlich. Dabei haben bei Stichproben schon bis zu 70 % der Deutschen Glyphosat im Urin. Und das ursprünglich als „völlig harmlos“ eingestufte, dann aber als krebserregend erkannte Herbizid Atrazin, ist zwar seit 30 Jahren verboten. Findet sich aber heute noch immer vielerorts im Grundwasser und macht bei der Trinkwasseraufbereitung hohe Kosten. Aber laut Landvolk ist die aktuelle Schikanie der Bauern noch schlimmer: *„Fachleute warnen uns vor dem Anbau von Leguminosen als Zwischenfrüchte, weil dadurch mehr Nitrat ins Grundwasser ausgewaschen werden kann.“* Ja, wer eh schon Probleme mit zu viel Stickstoff hat, sollte tatsächlich nicht auch noch Stickstoffdünger bildende Pflanzen anbauen. Ein Blick ins Fachbuch würde auch hier helfen: Es gibt eine ganze Reihe diesbezüglich unbedenklicher Zwischenfrüchte.

„Pestizide sind harmlos und unverzichtbar“

Herr Hahn schreibt: „glaubt Ihr, dass es den Insekten zu Zeiten von DDT, Lindan und E 605 besser ging“. Wir können mangels Masse leider keine Insekten mehr fragen. Aber dass DDT, Lindan und E-605 gefährliche Gifte sind, ist unbestritten. Z. B. findet sich DDT, seit 1972 verboten, noch heute in Spuren überall in der Natur. Doch verglichen mit heutigen Pestiziden, wurden sie nicht so „flächendeckend“ eingesetzt. Allein von 2008 bis 2018 stieg(!) die Anzahl der in der Landwirtschaft eingesetzten Pestizide um 40% von 523 auf 872. Auch hier klärt uns Herr Hahn „fachmännisch“ auf: „Ihr verbietet Beizen und notwendige Insektizide zum Schutz der Pflanzen und ihr wundert Euch, dass wir dann halt die Kultur anbauen, die am besten ohne Pflanzenschutz auskommt: Mais!“. Wahr ist: Einige Maisbeizmittel wurden tatsächlich verboten, aber es gibt ja noch genug zugelassene Beizen z. B. mit Metalaxyl-M und Flu-

dioxonil. Und falls bei ungebeiztem Mais der Zünsler kommt, gibt es immerhin noch zugelassene Spritzmittel wie z. B. BACTOSPEINE ES; CORAGEN, Decis forte, Dipel ES, Fastac ME, Lepinox Plus usw. So viel Mais wird eben nicht angebaut, weil es ohne Pestizide geht (ohne Herbizide ohnehin nicht), sondern weil man ihn (noch) gut an die Biogasanlagen los wird. Übrigens, dass für bestimmte Stoffe Grenzwerte festgelegt sind, heißt nicht, dass diese Stoffe für Mensch und Natur ungefährlich sind. Wie war das mit DDT, Lindan, E-605, Atrazin, Asbest, den chlorierten Kohlewasserstoffen; Azofarbstoffen usw.? Alle mal per Grenzwert als unschädlich erklärt und erst nach Jahrzehnten und vielen Toten verboten!

„Konventionelle Bauern fördern die Artenvielfalt“

Auch hier klärt Hahn „fachmännisch“ auf: *„Inzwischen will die ganze Welt die Bienen retten. Da sind wir [Bauern] ganz vorne mit dabei. ... Wenn Ihr bei nachts auf dem Land Licht anmacht, schwärmen innerhalb von wenigen Minuten zig Insekten um den Lichtkegel – macht das mal bei Euch in der Stadt – ihr werdet kaum ein Insekt finden!“* Komisch nur, dass die Stadtkerei schadstofffreien Honig liefert. Seltsam auch, dass z.B. die Großstadt Berlin eines der artenreichsten Gebiete Deutschlands ist. Voll mit Tieren, die vor der konventionellen Landwirtschaft in die Stadt „geflohen“ sind. Und wer vor 40 Jahren mit dem Pkw von Celle nach Hannover brauste, der hatte – im Gegensatz zu heute – die Windschutzscheibe noch voller Insekten. Aber wenn man nur auf seinem Acker sitzt oder mal mit dem Traktor nach Berlin tuckert, fällt einem sowas nicht auf. Natürlich lässt sich der konventionelle Landwirt gerne dafür bezahlen und „feiern“, Blühstreifen oder gar Blühfelder anzulegen. Doch wenn das Bienen und anderen Insekten nicht eher schaden statt nützen soll, müsste man 5 km Abstand zu konventionell bewirtschafteten Feldern halten. Sonst nehmen sie mit dem Nektar auch Pestizide auf. So wurden im "Bio"-Honig aus Blühstreifen schon Glyphosat oder Spritzmittel aus 5 km entfernten Feldern gefunden.

„Bauern sind gegen Flächenfraß“

„Bei uns in der Region Hannover sind in den letzten 25 Jahren fast 10.000 ha Fläche (8 % der Landwirtschaftsfläche) verloren gegangen durch Bautätigkeiten aller Art“, schreibt Hahn. Das trifft sicher zu und wer für Nachhaltigkeit ist, muss natürlich gegen diesen Flächenfraß sein. Doch befindet man sich dabei mit dem Landvolk nicht in schlechter Gesellschaft? Fährt man in der Umgebung von Celle durch die Dörfer, sieht man tatsächlich allorts von Ackerland in Bauland umgewandelte Flächen. Doch in der Regel waren nicht die Bauern die Opfer dieser Umwandlung, sondern die Gewinner. Sie hätten sich bei Volker Hahn schön bedankt, wenn er ihnen diese Möglichkeit der wirtschaftlichen Sanierung verboten hätte. Wahr ist: Nur eine Landwirtschaft, die sich lohnt ist nicht gezwungen, Ackerland zu verkaufen.

Übrigens haben auch im Landkreis Celle einige Großbauern bereits so viel Land zusammengekauft, dass kleinere Bauern gar nicht mehr auf Biolandwirtschaft umstellen können, da sie dazu i.d.R. größere Flächen benötigen.

Bäuerliche Landwirte haben durch das Agrarpaket echte Probleme

Abgesehen vom zusätzlichen Aufwand für Protokollierung und Dokumentierung sind die neuen Bestimmungen des Agrarpakets für kleinere Landwirte tatsächlich Existenz bedrohend. Zum Beispiel Mistlagerung: Wer noch Viehhaltung mit Mistbildung betreibt, gehört mit Sicherheit nicht zu den typischen Massentierhaltern, sondern zu den Klein- oder den Bio-Landwirten. Dass alle Mistlagerstätten in Zukunft überdacht sein müssen, leuchtet ein, da sonst die Gefahr von Ausschwemmung bei Regen besteht. Doch dass die Bodenplatte auch noch aus absolut fugenfreiem Spezialbeton bestehen muss, ist dann eigentlich überflüssig. Angeblich gibt es im Großraum Hannover nur ein einziges Bauunternehmen, das für solche Betonplatten zertifiziert ist. D.h. eine solche Betonplatte für den Mist von ca. 30 Rindern, kann den „kleinen“ Bauer ruinöse 60.000 Euro kosten. Dagegen lässt die echte Umweltsau, der Millionen schwere Massentierhalter, erstmal die kleinen Bauern für sich demonstrieren und wenn das nichts nützt, zahlt er diese Investitionen notfalls aus der Portokasse.

Es gibt Alternativen!

Fazit: Die industrielle Landwirtschaft macht derzeit die Reste der bäuerlichen platt. Zum Beispiel bekommt ein 2000 ha Landwirt in McPomm für seine Flächen derzeit so viel Subventionen, dass er davon alleine in Luxus leben könnte. Er baut nach eigener Aussage nur noch Getreide an (mit 1,5 Mitarbeitern) um diese Subventionen weiterhin kassieren zu können. Die Lösung für eine wirklich bäuerliche Landwirtschaft wäre also ganz einfach: Umstellung auf artgerechte Tierhaltung, Biolandwirtschaft und echte (!) Landschaftspflege. Oder wie das durchaus auch von einigen Bauern zu hören ist: Wenn die Subventionen für die konventionelle Landwirtschaft komplett gestrichen und zu 100 % auf Biolandwirtschaft umgeschichtet würden und es zusätzlich ausreichende Umstellungszuschüsse gäbe, wäre es schnell vorbei mit Umwelterstörung, Grundwasserverseuchung und Tierquälerei. Liebes Landvolk, dann würdet ihr auch endlich wieder wertgeschätzt!

Dirk Andresen, der Sprecher von "Land schafft Verbindung", der Initiative, die den Protest organisiert, ist übrigens ein Großagrарarier mit einer riesigen Sauenhaltung in Meck-Pomm. Seine "Andresen Siedenbollentin GmbH & Co. KG" erhielt im Jahr 2018 an EU-Agrarsubventionen 369.651,87 €, im Jahr davor sogar 392.068,25 €.

Braune Flecken auf „weißen Westen“

Für den Titel eines Artikels zur AfD-Veranstaltung (04.12.2019) wählte die Cellesche Zeitung die sehr honorig und wenig distanziert formulierte Zeile:

AfD-Granden in Celler Congress Union



Zur Illustration des Artikels benutzte die CZ das selbe Foto, das Tage zuvor als halbseitige AfD-Anzeige in der CZ abgedruckt worden war. Kostenlose redaktionelle Werbung für eine Partei, die die Amadeu Antonio Stiftung treffender Weise als parlamentarischen Arm der radikalen Rechten bezeichnet.

Auf dem Podium der Veranstaltung saßen: Die AfD-Bundestagsabgeordneten Dietmar Friedhoff, Armin Paul Hampel, Jens Kestner, Thomas Ehrhorn und Waldemar Herdt. Werfen wir einen kleinen Blick auf die Flecken, die die Herren auf ihren gutbürgerlichen Westen haben:

Dietmar Friedhoff demonstrierte gemeinsam mit anderen AfD-lern im Mai 2018 in Delmenhorst Seite an Seite mit Neonazis, die sich während des Marsches durch das Wohngebiet der Stadt auffällig verhielten und pöbelten. Der Naziaufmarsch nannte sich „Frauenmarsch“, war allerdings männerdominiert. Er reihte sich ein in die Aktivitäten von Rechten und extremen Rechten, die den Mord eines 15-jährigen Mädchens durch einen 20-jährigen Afghanen für ihre rechte Propaganda instrumentalisieren.

Armin Paul Hampel war am 5. November 2016 Referent bei einer Versammlung des vom Verfassungsschutz beobachteten „Arbeitskreis für deutsche Politik“ (AfdP) in Hollenstedt (Kreis Harburg). Die AfdP mit Sitz in Lübeck führt zweimal jährlich Vortragsveranstaltungen in Niedersachsen durch, bei denen unter anderem Rechtsextremisten wie Horst Mahler, Udo Pastörs und Rigolf Hennig aufgetreten sind. Gegenüber dem NDR sagte Hampel, er habe von dem rechtsextremen Hintergrund des „Arbeitskreises“ nichts gewusst und auch die Zuhörerschaft habe für ihn nicht auf eine rechtsextreme Vereinigung hingedeutet.

Armin Paul Hampel: „Ich will das auf keinen Fall herunter spielen, aber es ist doch klar, dass ein Gutteil dieser angeblichen Brandanschläge von den Flüchtlingen selbst kommt, meist aus Unkenntnis der Technik. Mal ehrlich, viele von ihnen dürften es gewohnt sein, in ihren Heimatländern daheim Feuer zu machen.“ (Der Spiegel 51/2015, S. 25)

Armin Paul Hampel auf dem Erfurter Europaparteitag

der AfD, 22. März 2014): „Andere Parteien wollen Zuwanderung nur, damit die Deutschen in einem großen europäischen Brei aufgehen.“

Jens Kestner zum neuen Studiengang „Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Armut und (Flüchtlings-)Migration“ an der FH Dortmund: „Als guter Berater würde ich sagen nicht Studieren. Sobald die AfD in Verantwortung kommt, wäre es eine brotlose Kunst.“

Thomas Ehrhorn hat im April letzten Jahres im Bundestag die Aussage „wir sind uns einig, dass wirklich niemand in ein Konzentrationslager gehört“ mit einem „aber“ verbunden. Diese „Ausführungen“ machte Ehrhorn in Zusammenhang mit einem Antrag der Grünen, „Sich für die Aufnahme der Opfergruppen der 'Berufsverbrecher' und 'Asozialen' in die offizielle Erinnerungskultur einzusetzen“ und „den heute noch lebenden Opfern, Zugang zu einer angemessenen, würdigen Entschädigung zu eröffnen“. Ehrhorn hat in seinem Beitrag zwischen unschuldigen Opfern und solchen, die es ja irgendwie selbst zu verschulden hatten, dass sie bestraft wurden, unterschieden. Es ging aber nicht um Knaststrafe sondern darum, in einem Konzentrationslager der nationalistischen Menschenverwertung zugeführt zu werden. Die Schuld der wirklichen Täter fand Ehrhorn nicht erwähnenswert.

Waldemar Herd war dabei als im April 2018 in Berlin die „Russlanddeutschen für die AfD“ gegründet wurden. Frontal 21 (ZDF) fand folgende Zitate bei dieser Gruppe: „Komm zu Deutschland! Hier nix Arbeit, trotzdem viel Geld!“ „Für flüchtende Sozialschmarotzer ist Geld da – für unsere Kinder nicht.“

Dieses Horrorkabinett zog durchs Land, um einen „Bürgerdialog“ zu führen. Und so kamen sie auch nach Celle.

Über 100 Menschen von Gewerkschaften, Parteien, aus ökologischen, feministischen und internationalistischen Kämpfen sowie vielen weiteren Spektren demonstrierten gegen diese Veranstaltung. Eine Aktivistin äußerte sich so: „Es ist eine Schande, dass der AfD ein Raum für ihre völkisch-nationalistischen Inhalte geboten wird. Und das Ganze passiert unter der Argumentation, dass die AfD demokratisch gewählt sei.“





Demo gegen Nazitreffen am 21.12.2019

Alle gegen die Nazis

Es fing alles an, wie immer. Das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und der DGB Nord-Ost Niedersachsen meldeten frühzeitig die Demo gegen das Nazitreffen an, wie im Herbst sollte die Route am NPD-Sitz in Eschede (Zum Finkenberg 1) vorbei laufen, dort wurde dann eine ca. einstündige Kundgebung angemeldet.

Nachdem die Demo im Herbst prima gelaufen war, gab es das Signal vom Landkreis, dass am 21.12. alles so durchgeführt werden kann, wie geplant.

Schon vorher wurde gemunkelt, dass sich in Eschede etwas tut. Anscheinend hat der Verkauf des Nahtzhofes an den NPD Landesverband Niedersachsen zu Unruhe in Eschede geführt. Es gründete sich ein Kreis aus Politik, Verwaltung und Kirche und suchte nach einem Umgang mit der nun entstandenen Situation. Dafür wurden auch zwei externe Berater angeheuert. Ein Gespräch mit dem Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus, das seit Jahren gegen das Nazizentrum agiert, wurde nur im kleinsten Rahmen gesucht. Einer der Berater sprach mit einer Person vom Netzwerk, mehr war nicht gewollt. Das Gespräch war recht unergiebig.

Der Berater ließ durchklingen, dass es aus seiner Sicht am Besten wäre, die Demonstrationen sein zu lassen und dem Problem mit den Nazis keine Beachtung zu schenken. Mit dieser Sichtweise stößt er beim Netzwerk Südheide selbstverständlich gar auf kein Verständnis. Eine Erkenntnis des Netzwerkes lautet: Da wo Nazis ungestört sind und ihre Ruhe haben, machen sie sich breit.

Unruhe kam erst auf, nachdem die NPD für den 21.12.2019 ebenfalls eine Demonstration angemeldet hatte, und zwar so, dass sich diese Nazidemo mit der Demonstration der Antifaschist*innen kreuzen würde.

Die Anmelder*innen der antifaschistischen Demonstration hielten an ihrem Konzept fest und planten nicht den Verlauf ihrer Veranstaltung in Eschedes Ortskern zu verlegen, um sich dort evtl. langlaufenden Nazis in den Weg stellen zu können.

„Wenn wir in Sicht- und Hörweite zum NPD-Hof un-

sere Kundgebung durchführen, dann stehen wir zur richtigen Zeit am richtigen Ort“, so die Anmelder*innen.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass der oben genannte Kreis aus Eschede für den 21.12.2019 eine Abendveranstaltung plane. Eschedes Bürgermeister, Günter Berg, kündigte an, ebenfalls an der Demonstration vom Celler Forum und DGB teilzunehmen.

Am 6.12.2019 kündigte die Gemeinde Eschede den genaueren Ablauf der Abendveranstaltung „*Unsere starke Stimme für Eschede*“ an, bei der sich Bürgerinnen und Bürger versammeln, um miteinander zu singen und einander zuzuhören. Dazu schrieb die CZ am 7.12.2019: „*Die Gemeinde Eschede und die Johanniskirche wählen eine andere Form [als die Demonstration von Forum und DGB, Anm. revista], um sich gegen den Aufmarsch der rechten zu positionieren – eine friedliche Zusammenkunft.*“ Diese Aussage ist spaltend, abgrenzend und diffamierend, denn er unterstellt der Demonstration von Forum und DGB, sie sei nicht friedlich. Übelste Stimmungsmache. Weiter steht in dem CZ-Artikel, dass Eschede im Umgang mit den Nazis „*keine klare Kante*“ zeigen wolle, mit der Haltung wäre in der Tat eine Zusammenarbeit mit Netzwerk Südheide, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und dem DGB (alles Organisator*innen der Antifa-Demo) schwierig.

Weiter unten heißt es dann auch noch, dass sich nach Gesprächen mit Bürgern zeigen würde, dass viele Menschen diese Form des „stillen Protests“ wünschen würden, damit ist anscheinend eine starke Gemeinschaft gemeint, warum diese „still“ sein muss, erschließt sich nicht. Erfreulicher Weise fand wenigstens von der Escheder Pastorin keine Abgrenzung statt, sie sieht die Abendveranstaltung als „*ergänzendes Angebot*“ zur Demonstration am Nachmittag.

19.12.2019: Drei Tage vor der Demonstration war der Landkreis endlich damit fertig, die Auflagen für die angemeldeten Demonstrationen auszuarbeiten und bekannt zu geben. Wie erwartet wurde die Veranstaltung des Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus und des DGB Nord-Ost Niedersachsen nicht eingeschränkt, es wurde bestätigt, dass sie wie geplant stattfinden kann. Den Nazis wurde auferlegt zwei Stunden vorher mit ihrer Demo zu starten und die Route wurde verkürzt.

Am Vortag, also am 18.12., habe lt. CZ Günter Berg mitgeteilt, dass der Gemeinderat an der Demonstration am Nachmittag teilnehmen würde.

20.12.2019: Wieder ein Riesenartikel in der CZ. Es ist deutlich erkennbar, dass dieser mediale Hype und der Aktionismus in Eschede der angekündigten Nazidemo geschuldet ist. Dass die Nazis sich seit Jahren auf dem Escheder Nazihof treffen und vernetzen, war bisher anscheinend kein Grund für Eschede, dermaßen wahrnehmbar (also nicht still) gegen die Nazitreffen zu agieren. Lediglich 2007, also vor mehr als 12 Jahren, gab es in Eschede Bewegung anlässlich eines Treffens der *Heimattreuen Deutschen Jugend* auf dem Hof Nahtz. Die Tatsache, dass in Eschede Kindern ein „am Nationalsozialismus orientiertes Weltbild“ vermittelt wird, ging einigen dann doch zu weit. Es folgten diverse Veranstaltungen in Eschede, aber glücklicher Weise wurde 2009 die HDJ verboten und leider wurde es damit in Eschede wieder still. Bis jetzt.

Nun, einen Tag vor der angekündigten Nazidemo heißt es, es sei damit eine „neue Dimension“ erreicht. Und nun wurde in Eschede auch ein neuer Ton angeschlagen: „Die Gemeinde und die Johanniskirchengemeinde (...) sprechen sich dafür aus, an beiden Veranstaltungen teilzunehmen.“ (CZ) Berg wird mit den Worten zitiert: „Es sind zwei sich ergänzende Protestveranstaltungen (...)“. Die Gemeinde widerspricht einem ihrer externen Berater, der von einem festgefahrenen Pro und Kontra sprach und davon, dass man die konfrontative Haltung ignorieren wolle. Lt. CZ sei die Situation in Eschede so nicht mehr. Rat und Verwaltung rufen zu beiden Veranstaltungen auf. Also - geht doch.

Am 21.12.2019 fanden sich einige Antifaschist*innen bereits ab 12.00 Uhr beim Bahnhof in Eschede zusammen. Auch aus Eschede war zu hören, dass sich Gemeindevorteiler*innen mit Bannern im Dorf treffen wollten, um die Nazis sozusagen in Empfang zu nehmen und ihnen deutlich zu machen, dass Eschede sie nicht im Dorf haben will. Die Antifaschist*innen wollten die Nazis nicht empfangen, sondern ihnen entgegen gehen, sich ihnen entgegen stellen. Einige Escheder*innen schlossen sich an. Schließlich war eine große Gruppe von 200 Personen, die ständig größer wurde, auf der Kreuzung Zum Finkenberg / Am Dornbusch. Das führte dazu, dass die Nazis auf der Straße „Zum Finkenberg“ stoppen und nach längerem warten, verhandeln und meckern umdrehen mussten. Inzwischen kamen auch die Escheder*innen und schließlich konnte die angemeldete Veranstaltung von Celler Forum und DGB beginnen.

650-700 Menschen zogen zum Hof Nahtz – ein beeindruckendes Bild. Es waren Menschen fast jeden Alters



dabei, aus nah und fern. Antifas, Omas gegen Rechts, Parteiverteiler*innen, Gewerkschafter*innen, Kirchenleute - eine kunterbunte, laute, entschlossene Demonstration mit vielen Fahnen und Bannern. Selbstverständlich auch mit Redebeiträgen und mit Musik. Selbst alkoholfreier Punsch war vor Ort. Es war ein starkes Zeichen von Entschlossenheit und beherztem Widerstand.

Und im Nachhinein waren es dann alle, die die Nazis aufgehalten haben und dieses kraftvolle Zeichen gesetzt haben. Sicher haben alle dazu beigetragen. Aber gerade die, die „zum Jagen getragen werden“ mussten, also z.B. die Organisator*innen der Abendveranstaltung, haben es tatsächlich geschafft sich bei der Abendveranstaltung der „Starken Stimmen“ gegenseitig auf die Schultern zu klopfen für die gelungene Demonstration, ohne mit einem Wort das Celler Forum, den DGB oder das Netzwerk Südheide zu erwähnen.

Wie dem auch sein. Jetzt muss sich zeigen, wie eine Zusammenarbeit, ein Miteinander in Zukunft aussehen kann. Denn es ist völlig klar, dass mit einer einmaligen gemeinsamen Aktion das Problem nicht gelöst ist.

Und was passierte am 21.12. auf dem NPD-Hof? - Nachdem die neun genervten Nazis ihre Minidemonstration beenden mussten und wieder mit ihrem Lautsprecherwagen auf dem Hof waren, war es die Hauptbeschäftigung der Nazis zu fotografieren, vermummt und bewaffnet auf dem Grundstück am Zaun zu patrouillieren. Zu den Wortführern soll laut „blick nach rechts“ Dennis Bührig anwesend gewesen sein. Bührig ist in Celle kein Unbekannter, er war führendes Mitglied der damaligen Celler Nazi-Kameradschaft. Da durch die Antifaschistische Demonstration die Anreise für die Nazis schwierig war, kamen viele erst nach Ende der Demo. Laut Polizei Celle waren ca. 80 Personen auf dem NPD-Hof zur sog. Wintersonnwendfeier. Das zeigt wie wichtig es ist an diesem Problem dran zu bleiben. Weiter gemeinsam gegen die Nazitreffen!

PS.: Kurz vor Redaktionsschluss entdeckten wir einen neuen Blog: <https://eschedenazifrei.noblogs.org>



„Heute ist die Kunst eher, Licht wegzunehmen“

Am 14. und 16. Februar laufen im Kino achteinhalb zwei Filme in Anwesenheit des Kameramanns Diethard Prengel: „Die Sieger“ und „Der atmende Gott“. Prengel ist in Beedenbostel aufgewachsen und in Celle auf die Realschule Westercelle gegangen. Wir haben uns mit ihm zu einem Interview getroffen, bei dem wir einen Schwerpunkt auf sein Metier gelegt haben. Das Foto unten zeigt den jungen Diethard Prengel vorn knieend vor der 1970er-Jahre Kult-Kneipe „Pop“ - sieht irgendwie auch schon aus wie ein Schnappschuss von einem Dreh.

??: *Gab es irgend etwas Prägendes in deiner Jugend, das dich zum Film bzw. konkret zur Kamera gebracht hat?*

!!: Es gab in den frühen 1970er Jahren in Celle einen Filmclub. Den hatten Reinhard Möller und Uwe Pralle gegründet. Im damaligen Haus der Jugend [heute: bell Mundo] haben sie Filme gezeigt. Und da habe ich zwei Filme gesehen, die mich begeistert haben: zum einen „Blow Up“ von Antonioni und zum andern „Die Bettwurst“ von Rosa von Praunheim. Parallel war ich auch in der Kirche aktiv und habe für die fotografiert. Und das wollte ich dann verbinden, Fotografie und meine Faszination für Film. Und so kam der Entschluss, Kameramann zu werden. Da ich von einem Bauernhof in Bee-

denbostel stamme, war das für meine Eltern gar nicht nachzuvollziehen. Sie wollten selbstverständlich, dass ich den Hof übernehme.

??: *Wie wird man Kameramann?*

!!: Es gibt in Berlin eine staatliche Fachschule für Optik und Fototechnik mit der Fachrichtung Kamera. Allerdings brauchte ich vorab ein einjähriges Praktikum; da hatte ich das Glück, dass mich das ZDF genommen hat. Anschließend habe ich in Berlin den Abschluss als staatlich geprüfter Kameraassistent gemacht. Das habe ich lange gemacht, auch bei großen Produktionen wie „Theo gegen den Rest der Welt“ oder „Mann auf der Mauer“. Ich bin dann nach München, und da hatte die Bavaria ein Experimentierfeld für junge Filmleute – und zwar „Der Fahnder“ mit Klaus Wennemann. Und da haben tatsächlich viele Regisseure wie Dominik Graf oder später Matthias Tiefenbacher angefangen. Damals habe ich mit 29 Jahren meinen ersten Film mit Dominik Graf gemacht und wurde mit insgesamt 17 Folgen sowas wie der Fahnder-König. Auch die 100. Folge habe ich gemacht mit dem Bernhard Schadowald. Das war eine ziemlich gute Schule. Und es war auch seiner Zeit voraus, was wir da machen konnten.





Dreharbeiten zu „Texas“ (1993)

??: Was sind deine Lieblingsfilme?

!!: Was mich seinerzeit sehr fasziniert hat, war „Apocalypse Now“. Der ist ja jetzt digitalisiert worden und da merkt man die Qualität, weil er nicht schlechter geworden ist mit den Jahren. Dann das neue Hollywood-Kino in den 1970er Jahren: „Taxi-Driver“, „Der Pate“, „The Deer Hunter“ von Cimino, „Prince of the City“, „French Connection“ mit Gene Hackman. Dann auch italienische Filme wie „Der Holzschuhbaum“ oder von den Gebrüdern Taviani „Padre Padrone“.

??: Schaust du die Filme mit dem Blick des Kameramanns?

!!: Wenn der Film gut ist, hat man dafür gar keine Zeit. Erst wenn ich mich langweile, achte ich auf die Kamera. Oder dann beim zweiten, dritten Mal. Ein Film, den ich mir wegen der Kamera tatsächlich zuletzt häufiger angeschaut habe, war „Der Geschmack aus Rost und Knochen“.

??: Was fällt bei Produktionen in deinen Entscheidungsbereich? Wie groß ist dein Einfluss auf die Bilder?

!!: Die Gestaltungsmöglichkeiten hängen davon ab, was der Regisseur zulässt. Es gibt Regisseure, die interessiert das die Bohne; die sagen: Mach mal, ich kümmere mich hier um die Schauspieler. Andere haben zwar bestimmte Vorstellungen, aber verhindern damit ein gutes Bild. Dann muss man sich als Kameramann einmischen, - zum Beispiel wenn sie die Schauspieler dicht an eine Wand stellen, wo man keine Tiefe mehr hinbekommt. Insgesamt muss man immer schauen, dass man mit den Regisseuren eine Sprache und ein Arbeitstempo findet, das für alle akzeptabel ist.

??: Gibt es in den Drehbüchern eigentlich schon Anweisungen für die Kamera?

!!: Nein - gar nicht. Das wird vor Ort entschieden. Und da hängt vieles davon ab, ob die Regie sicher ist, in dem, was sie will, und das dann auch ausdrücken kann, oder ob sie unsicher ist, was der Kamera manchmal mehr Möglichkeiten eröffnet. Manche Regisseure sind auch richtig froh, wenn ich ihnen sage, wie wir's am besten machen können. Ich habe insgesamt den Eindruck, dass Regisseure schnell sowas wie einen Charakter entwickeln und den dann auch immer bedienen. Danach rich-

ten sich letztlich die Bedingungen. Beim Licht allerdings lassen sie einem meist freie Hand, weil es die wenigsten wirklich interessiert. Hauptsache es sieht gut aus.. Da ist es heute eher so, dass man an der Geschwindigkeit gemessen wird. Also es wird nicht mehr gern gesehen, wenn man dafür zuviel Zeit aufwendet. Früher haben wir Überstunden gemacht, bis der Arzt kam. Heute ist nach 12 Stunden meist Schluss, auch weil's Kontrollen vom Gewerbeaufsichtsamt gibt.

??: Welche Bedeutung hatte die Digitalisierung für das handwerkliche?

!!: Früher war es so, dass Film und Fernsehen unterschiedlich gedreht wurden. TV-Produktionen auf 16 mm, Kino auf 35 mm. Das heißt, es war eine andere Tiefenschärfe, eine andere Abtastung usw. Man hatte andere Kameras für Kino, Fernsehen, Werbung. Heute hat man eine Kamera für alles. Die meistgebräuchliche heißt Arri Alexa, eine andere sehr gute ist die „Red“. Die Digitalkameras sind jetzt so gut, dass man den Charakter des Kameramanns kaum noch spürt. Viel hat sich in der Nachbearbeitung geändert. In der analogen Welt wurde dann eine Kopie hergestellt. Der Look des Films wurde beim Kopiergerät eingestellt und das Negativ neu belichtet; daraus entstand dann die neue Kopie. Um die Werte zu finden für das Kopierlicht, also z.B. wieviel Purpur oder grün, hat man kleine Filter angelegt und geschaut, wie es aussieht. Man hat so viele Kopien gemacht, bis es passte. In der digitalen Welt sieht man das Bild auf der Leinwand oder im Fernseher und man kann genau sehen, wenn man Farbe und Kontrast ändert beim sogenannten Color Grading. Heute sieht man das Bild direkt, früher erst, nachdem es entwickelt war, wie beim Foto.

Und die Kameras sind so empfindlich, dass man gar nicht mehr so fett Licht macht. Heute ist eher die Kunst, Licht wegzunehmen.

??: Aber Licht ist nach wie vor sehr wichtig, oder?

!!: Spannend für einen Kameramann ist, nachts zu drehen, weil man da mit der Beleuchtung alles beeinflussen kann. Innen ist vieles abhängig von den Fenstern. Jetzt



Dreharbeiten zu „Fußball ist unser Leben“ (1999) mit Uwe Ochsenknecht

im Winter sind Außenaufnahmen schwer, weil man sich immer beeilen muss, dass einem das Licht nicht abhaut. Dreharbeiten am Tag und draußen sind halt immer komplett abhängig vom Wetter. Man ist dem völlig ausgeliefert. Und bei den engen Produktionszeiten kann man höchstens bei Wolken mal sagen: Lasst uns uns mal 10, 15 Minuten warten, dann kommt die Sonne wieder raus.

Was mich mein ganzes Leben lang fasziniert hat, ist Rembrandt. Und wenn es passt, sage ich manchmal zu meinen Leuten, macht mal so Rembrandt-Licht. Also ein Licht, das nur die Gesichtstöne hervorhebt und alles andere im Dunkeln lässt. Und das ist bei der Fotografie immer das Wichtigste, dass die Gesichter interessant aussehen, vor allem auch die Hautfarbe nicht ungesund aussieht. Das ist immer der Zweck des ganzen Aufwands. Wo stellen wir die Lampe hin? Und dass wir mit riesigen schwarzen Mollton-Fahnen das ganze andere Licht so wegnehmen, dass der Lichtstrahl nur aufs Gesicht kommt.

Und dabei natürlich, wenn's geht, immer nur ein Schatten. Früher bei Hollywood-Filmen da haben die manchmal drei, vier Schatten auf einem Bild. Das wichtigste aber ist: Nur ein Schatten. Und wenn mal ein weiterer unausweichlich ist, möglichst kein Schlagschatten. Einen guten Kameramann erkennt man daran, dass er nur einen Schatten hat, dass er mit Gegenlicht arbeiten kann und dass die Gesichter moduliert sind.

?: *Gibt's eigentlich gravierende Unterschiede zwischen Fernseh- und Kinoproduktionen?*

!!: Die Produktionszeiten sind anders, aber auch beim Film gibt's schon lange einen enormen Zeitstress. Nur beim Dokumentarfilm ist das anderes. Ich habe gerade in Indien einen Film über einen Architekten gemacht: Doshi, der zuletzt mit dem Pritzker-Preis ausgezeichnet worden ist. Da hast du nur drei Mann dabei, da ist das alles ein bisschen spontaner. Da dreht man sozusagen gemütlich vor sich hin.

Ein wesentlicher Unterschied ist aber, wie man Filme schaut. Es gibt so viele schlecht eingestellte Fernseher,

Die Sieger

Fr., 14.02., 19.30 Uhr im 8 ½

Die Mitglieder eines Sondereinsatzkommandos der Polizei kommen einem Komplott auf die Spur, in das führende Politiker, Drahtzieher des organisierten Verbrechens und ein totgeglaubter Ex-Kollege verwickelt sind. Als sie mundtot gemacht werden sollen, ermitteln sie auf eigene Faust. Ein weitgehend spannender, überzeugend inszenierter Thriller. In der Beschreibung seiner "Männerwelt" durchaus glaubhaft, kommt ein Teil der Dialoge freilich nicht über die Papierform hinaus und sorgt für Stolpersteine in der ansonsten atmosphärisch dichten Handlung.

Deutschland 1993 | 137 Min. | Regie: Dominik Graf

Der atmende Gott - Reise zum Ursprung des modernen Yoga

So., 16.02., 17.00 Uhr im 8 ½

Der Dokumentarfilm begibt sich in Indien auf Spurensuche nach den Ursprüngen des modernen Yoga und seines "Vaters" T. Krishnamacharya (1890-1989), der aus überlieferten Praktiken das entwickelte, was bis heute als Yoga praktiziert wird. Eine vielschichtige Annäherung an den Guru, sein Leben und seine spirituelle Philosophie, die durch ihr Bemühen um Verständnis und eine kluge Montage besticht. Über das Thema "Yoga" hinaus entwirft der Film ein nuanciertes, facettenreiches Bild des modernen Indien. (Teils O.m.d.U.)

D 2011 | 105 Min. | Regie: Jan Schmidt-Garre

dass dort alles nur noch aussieht wie eine Soap. Da fragt man sich, wofür macht man das alles. Da haben sich jetzt Hollywood-Größen, Tom Cruise und so, dafür eingesetzt, die "Motion Smoothing"-Funktion an den Geräten auszuschalten, damit die Filme wenigstens ein bisschen so wirken wie auf der großen Leinwand. Im Kino kommt meine Arbeit am besten rüber, dunkler Raum, der Projektor hat den größten Blendenumfang, auch dunkle Stellen erkennt man, keine störende Reflexionen auf der Leinwand und großes Bild.

?: *Wenn du deine Filme dann erstmals nach dem Schnitt siehst? Was ist das für ein Gefühl? Worauf achtest du?*

!!: Man schaut darauf, wie gut war die Lichtbestimmung. Haben die Einstellungen geklappt? Ist die Geschichte transportiert worden? Kapiert man alles? Oft werde ich zu einer Rohschnittvorführung eingeladen, wo ich schon noch Kritik einfließen lassen kann und Vorschläge machen, was hier oder da anders sein könnte. Aber ich habe natürlich kein Recht darauf, dass dies oder das noch verändert wird.

?: *Was würdest du sagen, ist dein bester Film? Und warum?*

!!: Merkwürdigerweise ist es so, dass bei Filmen, wo die Drehzeit richtig unangenehm war und man noch hinterher eine Zeitlang angepisst ist, sich richtig gute Ergebnisse einstellen. Von den Dreharbeiten bei „Die Sieger“ mit Dominik Graf habe ich heute noch gelegentlich Alpträume, Aber jetzt nach 25 Jahren würde ich sagen, war es einer meiner besten Filme. Auch beim Fußballfilm mit Uwe Ochsenknecht gab es starke Auseinandersetzungen im Team, aber es ist ein großartiger Film geworden. Erst unterscheide ich: Wie waren die Dreharbeiten, wie ist der Film. Merkwürdigerweise sind bei denen mit vielen Konflikten oft die Besseren herausgekommen.

?: *Dein im Kino vom Besuch her erfolgreichster war ja wohl „Texas“ mit Helge Scheider.*

!!: Ja. der hatte im ersten Jahr 1,2 Millionen. Aber Schneider war ein egomanischer Kontrollfreak, der alles Normale erstmal abgelehnt hat. Es gab dann auch eine Krise zwischen dem Regisseur Ralf Huettner und Helge Schneider. Der fand, dass der Rohschnitt – was eher eine Western-Parodie war – keine ausreichende Gag-Dichte hatte. Schneider hat dann selbst die ganzen „00-Schneider“-Szenen nachgedreht und in den Film eingebaut. Ich fand das Ergebnis überhaupt nicht gut und wollte vor dem Kinostart zuerst noch meinen Namen zurückziehen. Doch der Produzent Hanno Huth meinte: Bist du verrückt, das wird dein erfolgreichster Film. Und er hatte recht. Aber ich fände es jetzt schon spannend, wenn's davon nochmal einen Director's Cut gäbe.

?: Letzte Frage: Für wen würdest du gern mal die Kamera machen?

!!: Mein größter Traum ist, mal einen Film zu machen ohne Regisseur.



Auf dem Deutz-Trecker in Beedenbostel (2017)

Zwei Künstler – Ein Motiv: Albert König – Heike Schlobinski

Ausstellung im Albert-König-Museum Unterlüß

Die Ausstellungsreihe „Zwei Künstler – Ein Motiv“ soll den Blick für das schärfen, was in Fachkreisen „die Handschrift des Künstlers“ genannt wird: Eigenarten des Bildaufbaus, der Farbwahl, der Materialwahl und nicht zuletzt auch die typische Malweise eines Künstlers werden besonders gut durch vergleichendes Betrachten erkennbar.

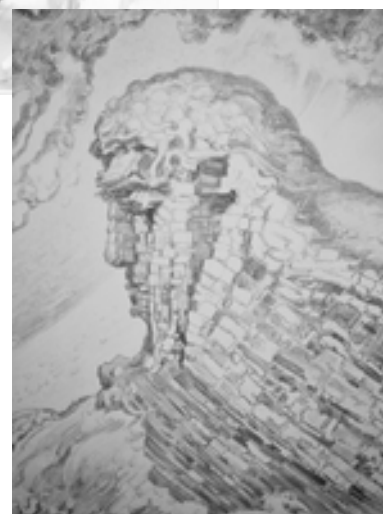
Wie Albert König so zeichnete auch Heike Schlobinski in den Kieselgurgruben in der Nähe von Unterlüß. Nicht allein 60 Jahre Zeitdifferenz, sondern vor allem auch das individuelle Interesse am jeweiligen Motiv ergaben durchaus unterschiedliche Bilder.

Während Albert König der Landschaft als Gesamtheit gegenüberstand und darin eine quasi fremde Welt entdeckte, mitunter bevölkert von Fabelwesen und sagenhaften Gestalten, näherte sich Heike Schlobinski der bizarren Einzelform und unterzog sie der malerischen Erforschung.

Spannend sind daher die Aquarelle und Zeichnungen, die beide Künstler als erste Annäherung an diese Landschaft erstellten. Ebenso wie Albert König hat auch Heike Schlobinski diese ersten Eindrücke dann auch großformatig in Gemälden festgehalten. Hier zeigen sich die unterschiedlichen Temperamente der beiden Künstler etwa in der Wahl der Farbmittel, in der Linienführung und im Bildaufbau. Interessant wird der Vergleich auch dadurch, dass sich neben der Frage nach dem individuellen Kunstwillen und künstlerischem Vermögen auch die Frage nach dem Einfluss des gesellschaftlichen bzw. politischen Umfelds auf die Bildgestaltung stellt.

– noch bis zum 26.4. 2020 –

Eröffnet wird die Ausstellung von der Kuratorin Mag. Dietrun Otten am 26. Januar 2020 um 11.30 Uhr.



Oben: Heike Schlobinski,
unten: Albert König - Sphinxkopf



Food-Saving Projekt in Celle

Wer kennt sie nicht, die vielen Berichte über tonnenweise im Müll landende Lebensmittel. Die Supermärkte, Bäckereien, Mensen und Kantinen und sogar Wochenmärkte haben zu oft viel Essbares, das statt auf anderen Tellern im Abfall landet.

Über 12 Millionen Tonnen Essen landen in Deutschland jährlich in Müllpressen, gleichzeitig verursachen die Produktion und der Transport von unzähligen Produkten enorme CO₂-Emissionen. Dies ist in Anbetracht von Armut und Klimakrise ein riesiger Widerspruch. Wie kann Essen im Abfall landen, obwohl andere Menschen hungern?

„Im Januar hat sich das Food-Saving Projekt Celle gegründet“, erklärt Nora. „Wir wollen gemeinsam mit anderen Menschen das Einsammeln und Verteilen von Gemüse, und Backwaren, sowie von vegetarischen und veganen Kühl- und Milchprodukten organisieren. In Celle soll weniger Essen im Müll landen und Menschen, die es brauchen, können mehr bekommen.“

Anstatt ausschließlich als Einzelpersonen aktiv zu sein, wie etwa bei foodsharing.de, ist die Idee, mit vielen Interessierten zusammen zu überlegen, wie das Essen an diejenigen barrierearm verteilt werden kann, für die vieles zu teuer ist. Neben Argumenten für die soziale Gerechtigkeit haben viele Aktive auch eine ökologische Motivation: weniger Müll produzieren, weniger Ressourcen verbrauchen, mehr nutzen.

Im Anschluss an das erste Treffen gab es schon im Januar das erste „Dinner for All“ (Abendessen für Alle) im Bunten Haus. Neben dem Kennenlernen stand der Austausch über Ideen für eine gemeinsame Organisation im Vordergrund, bei leckeren Speisen aus geretteten Lebensmitteln.

Weitere Termine werden auf www.bunteshaus.de angekündigt. Aspekte wie Einkommen, Herkunft oder Sprache der Foodsaver*innen sind dabei unerheblich – alle können mitmachen. Wer sich beteiligen oder das Projekt unterstützen möchte, am Termin aber verhindert ist, wer unkompliziert Lebensmittel spenden will oder Ideen hat, wo es Essen vor dem Müll zu retten gibt, kann das Projekt per E-Mail unter foodsavingcelle@riseup.net kontaktieren.

Buchbesprechung

DRAWDOWN DER PLAN

Diese Buch stellt auf 381 Seiten über 120 Maßnahmen vor, um die Emission von Treibhausgasen zu beenden. Die Beiträge stammen von über 100 Fachautor*innen, unterstützt von weiteren über 100 Fachleuten aus Naturwissenschaft und Technik. Hier schreiben also keine Leute, die man als alternative Spinner abtun könnte, sondern echte Expert*innen. Das besondere an diesem Buch: Es zeigt nicht nur auf, was der Einzelne im Kleinen zum Stopp des Klimawandels beitragen kann, sondern auch was unbedingt im Großen gemacht werden muss. Was nützt es dem Klima, wenn ich z.B. meine Heizung auf Wärmepumpe umstelle, aber der Strom dafür nicht regenerativ ist. Oder wenn ich statt dem Pkw die Bahn benütze, wenn sie noch zu 45% mit Diesel fährt. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass aufgrund der großen Autor*innenzahl – jede*r hält tendenziell sein/ihr Gebiet für das wichtigste – manche Aussagen fraglich sind. So wird z. B. Strom aus Geothermie überschätzt. Denn für Fernwärme ist Geothermie zwar bestens geeignet, für Strom allerdings extrem unwirtschaftlich. Oder: Holz als nachhaltiges Bau- und Heizmaterial ist aufgrund des schon lange geübten Raubbaus und des aktuell durch den Klimawandel beschleunigten Waldsterbens ziemlich fragwürdig. Absurd die Einschätzung der Atomkraft, die der Autor als klimafreundlich lobt. Wo aber der Herausgeber dann doch auf die Unwirtschaftlichkeit und die großen von Atomkraft ausgehenden Gefahren für die Menschheit hinweisen musste. (Schon jetzt lagern z.B. 80000 t Atommüll aus westeuropäischen

AKWs in dahinstehenden Fässern unter freiem Himmel in Sibirien). Problematisch sind auch die zu jeder Maßnahme angegebenen Zahlen: Wie viel Treibhausgas wäre einsparbar, was kostet die Maßnahme und welche Kosten werden dadurch langfristig eingespart. Hier ist die Basis dieser Zahlen leider nicht leicht nachvollziehbar.



Trotz der Kritik im Detail: Kein Buch gibt derzeit so komplett, so übersichtlich und so gut verständlich eine Übersicht über alle notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz. Fazit: Ein Muss für alle, die sich gegen den Klimawandel engagieren wollen.

Paul Hawken (Hrsg.): Drawdown - der Plan. Wie wir die Erderwärmung umkehren können. Gütersloher Verlagshaus 2019, ISBN-10: 3579014722, mit Anhang 408 Seiten, 28 EUR. - In der Stadtbibliothek aktuell am Standort: NEU.

Carola Rackete hat im vergangenen Jahr in der Celleschen Zeitung eine größere Aufmerksamkeit erfahren als Greta Thunberg. Der Grund: Sie ist in Ovelgönne aufgewachsen und hat in Celle Abitur gemacht. Und wohl kein Thema hat auf der Facebook-Seite der CZ mehr (Hass-)Kommentare hervorgerufen als ihre Rettungsaktion im Juni 2019: Die Sea-Watch 3 hatte Flüchtlinge im Mittelmeer aus Seenot gerettet, und sie hatte als Kapitänin des Schiffs nach wochenlangem Warten schließlich trotz eines Verbots durch italienische Behörden den Hafen der Insel Lampedusa angelaufen.

Im November erschien ein Buch von ihr; Titel: „Handeln statt hoffen“. Wer hofft, viel über Kindheit und Jugend der Autorin in Celle zu erfahren, wird enttäuscht. Denn eins wird nach wenigen Seiten deutlich. Worum es ihr nun überhaupt nicht geht, ist ihre eigene Person. Es geht ihr, wie schon der Untertitel deutlich macht, um einen „Aufruf an die letzte Generation“. Die aktuell auf unserem Planeten lebenden Menschen sind die ersten, die die ökologische Katastrophe in ihrer ganzen Tiefe begreifen können. Gleichzeitig aber auch die letzten, die diese Katastrophe noch abwenden könnte.

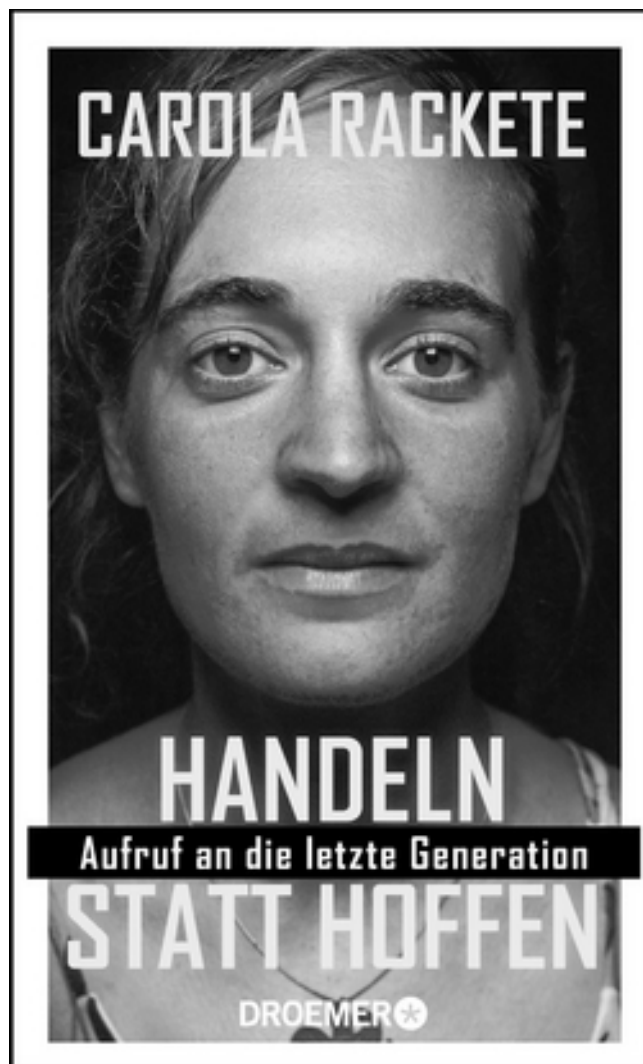
Ihre jeweils zu Beginn der fünf Kapitel beschriebenen Erfahrungen auf der Seawatch 3 bilden insoweit nur eine Rahmenerzählung für ihr eigentliches Anliegen. Und das ist die Aufforderung, zu handeln statt zu hoffen.

Selbstverständlich setzt sich Rackete auch mit der Migration auseinander: *„Nicht die Flüchtenden erzeugen eine Krise, sondern diejenigen, die diese Menschen daran hindern wollen. Wir haben es nicht mit einer Flüchtlingskrise, sondern mit einer Gerechtigkeitskrise zu tun. [...] Die einzige Möglichkeit der Gerechtigkeitskrise zu begegnen: Wir müssen Migration neu definieren – als festen Bestandteil menschlichen Lebens, als neuen Impuls für die Gesellschaften, als ein Menschenrecht und als Tatsache innerhalb einer Welt, die sich gerade grundlegend verändert. [...] Und wir müssen unsere Verantwortung für die Umstände anerkennen, die zur Flucht führen.“* (S. 81)

Flucht wird, darauf weist die Autorin eindringlich hin, zunehmend durch sich verändernde klimatische und ökologische Bedingungen erzwungen. Aber beim Kampf gegen die Klimakatastrophe geht es um weit mehr: Das beginnende sechste große Artensterben auf diesem Planeten kann die Gattung Mensch einschließen.

Rackete referiert Ursachen und Folgen der Klimakatastrophe. Und das macht sie kenntnisreich in einer Weise, die gerade jenen zum Verständnis helfen könnte, die sich bisher nur am Rande mit dem Thema beschäftigt haben. Ergänzt wird dieser Strang mit ihren Eindrücken auf Fahrten mit dem Forschungsschiff Polarstern.

„Fangen wir an zu handeln“: Ihr Vertrauen in „die Politik“ ist – gelinde gesagt: gering. Sie setzt auf zivilgesellschaftliche Bewegung. Dabei bezieht sie sich auf wirkmächtige gewaltfreie Aktionen und Bewegungen beginnend mit den Protesten der Suffragetten Anfang des 20. Jahrhunderts über Ghandis antikoloniale Bewegung



bis hin zu Extinction Rebellion. Dass das alles kein Zuckerschlecken wird, weil die Profiteure nicht freiwillig das Feld räumen, ist ihr klar: *„Wir leben in Zeiten, in denen die Ordnung, die wir haben, falsch und zerstörerisch ist. Sie muss gestört werden, weil [...] wir sonst zulassen, dass das System mit seinem Glauben an stetiges Wachstum uns etwas raubt, das unglaublich kostbar und unwiederbringlich ist. [...] Der zivile Gehorsam ist das Problem, nicht der zivile Ungehorsam.“* (S. 160)

Auch wenn sie sich positiv auf Postwachstums-Theorie und Degrowth-Bewegung bezieht, hat ihre Aufklärungsschrift ein kleines Manko: Sie beschäftigt sich nicht mit den Triebkräften des Wachstums-Paradigmas. Aber vielleicht muss sie das auch nicht, da es ihr um einen ethischen Turnaround geht: *„Wir können gemeinsam und demokratisch eine Gesellschaft gestalten, in der die höchsten Werte nicht Geld und Wachstum und fortwährender Konsum sind. In der wir stattdessen auf Solidarität und Gerechtigkeit und Gemeinschaft setzen. Eine Gesellschaft, in der Wohlstand ganz einfach bedeutet, dass es allen gut geht.“* (S. 143)

Carola Rackete: Handeln statt hoffen: Aufruf an die letzte Generation, München 2019, ISBN-10: 342627826X, 176 Seiten, 16 EUR – in der Stadtbibliothek am Sonderstandort: Bestseller Sachbuch.



Mit Pizzakartons in Tarnfarben und dem Slogan „Ohne Mampf kein Kampf!“ hat die Bundeswehr in den letzten Monaten für ihre Webserie „Die Rekruten“ um Zuschauer gebuhlt. Das hat sie 202.000 Euro gekostet. Insgesamt 725.000 Pizzakartons ließ das Verteidigungsministerium mit Werbung für die Webserie bedrucken und deutschlandweit kostenlos an Pizzabäcker verteilen. Wer seine/ihre Pizza mal in einem solchen Karton erhält, sollte nicht zögern, die Pizzeria-Betreiber*innen darauf aufmerksam zu machen, dass das zum Kotzen ist. In Celle – so wurde uns zugetragen – soll ein Lieferservice gegenüber der CD-Kaserne die BW-Werbung verbreitet haben.

Welche Begriffe bringen wir mit OB Nigge in Verbindung? Spielgeräte-Offensive, Wohnbau-Offensive, Schulweg-Offensive, Fahrrad-Offensive, Kita-Offensive, Charmeoffensive, Innenstadt-Offensive ...



Im Wald und auf der Heide #27

Die von Oberbürgermeister Nigge in der Theorie groß angelegte „Fahrradoffensive“ schwächelt, zumindest in der Innenstadt. Zur Freude der meisten Fahrradfahrer*innen wurde ja im letzten Jahr mit viel Tamtam und Trara eine elektrische Luftpumpe vorm Alten Rathaus installiert. Nach dem gefühlt 3-seitigen Bericht in der CZ von den (auch gefühlt) mehrtägigen Feierlichkeiten zur Inbetriebnahme derselben, ist sie nun, also die Pumpe, in der Weihnachtszeit wieder von der Bildfläche verschwunden. (Foto vom 15. Januar 2020)



Hartnäckig hält sich das Gerücht, die Bürgerinitiative „Mehr Raum für Diesel-SUVs!“ habe sich unter Skandieren der Parole „Keine Luft den Grünversifften“ in ein heftiges „Luftgefecht“ (um im Bild zu bleiben) gestürzt, in dessen Folge die Pumpsäule erbeutet worden sei.

Aber vielleicht haben ja auch schlicht das hin und wieder notwendige Ersetzen der Gummidichtungen am Griffstück den Rückbau bewirkt.

So liegt sie jetzt möglicherweise, zusammen mit dem längst abgebauten Trinkwasserbrunnen vom Robert-Meyer-Platz, in irgendeiner Ecke vom Bauhof, während wir mit halbplatten Reifen die nächste Refill-Station suchen.

Anatoli Trenkenschu (AfD) zur Abwanderung des Hölty-Gymnasiums nach Hambühren: „Zu befürchten ist auch, dass damit in Zukunft die Möglichkeit entfällt, an einem Celler Gymnasium Russisch lernen zu können, zumindest als zweite Fremdsprache. Es ist schon eine verkehrte Welt, dass sich die SPD-Fraktion bei dem Beschluss des Schulausschusses enthalten hat, hingegen CDU, FDP sowie die Unabhängigen diesem Umbau der Schullandschaft im Sinne sozialistischer Gleichmacherei freudig gefolgt sind.“

Team MORLOCK nutzt Heimvorteil

Nach einem großen Hin und Her – einzig verschuldet durch eine unkonzentrierte Spielleitung – hatten wir erst ein Siegerteam, dann zwei & schließlich wieder eins: Und das heißt MORLOCK.

Dass Team MORLOCK und die WIKIPEDIA ALL-STARS sich dieses Mal nichts schenken, zeigte sich von Beginn an, aber die Führung, die sich das Morlock-Team in der zweiten Runde erarbeitete, gab es bis zum Schluss nicht mehr ab.

Hier die endgültige Abschlusstabelle:

| | P | G | M | C | B | Do | Ges. | Platz |
|--------------------|---|---|---|---|---|----|------|-------|
| Morlock | 5 | 4 | 5 | 6 | 3 | 4 | 27 | 1 |
| Wikipedia | 6 | 2 | 3 | 5 | 5 | 5 | 26 | 2 |
| Pfeffis | 6 | 2 | 2 | 4 | 3 | 6 | 23 | 3 |
| Ex und Hopp | 4 | 3 | 3 | 4 | 4 | 4 | 22 | 4 |
| Blitzbirnen | 6 | 2 | 3 | 4 | 2 | 2 | 19 | 5 |
| No Sports | 4 | 1 | 4 | 3 | 3 | 1 | 16 | 6 |

Die Buchstaben stehen für die Bereiche P = Politik, G = Gesellschaft, M = Musik, C = Celle, B = Bilder – und Do zeigt den zu Beginn durch die Teams gewählte Fragenbereich an, der ganz am Ende – als Überraschungseffekt – verdoppelt wurde (als beim Team Pfeffis etwa „Politik“).

Pro Bereich wurden je sieben Fragen gestellt. Kein Team konnte alle Fragen richtig beantworten. Einfach waren wohl die Fragen zu den Bereichen Politik und Celle. Die größten Schwachpunkte hatten die Teams beim Bereich „Gesellschaft“, aber schaut selbst warum - hier die Fragen:

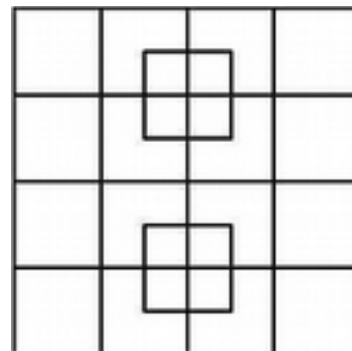
- 1 Der Nobelpreis ging 2019 an Peter Handke ... und an wen noch? (mindestens Vorname oder Land)
- 2 Wie heißt das aktuell vom Schloßtheater gespielte Stück nach dem Film von Fatih Akin, dessen Ausgangspunkt der Kölner Nagelbombenanschlag des NSU ist?
- 3 Ein Kommentar zur deutschen Einheit lautete seinerzeit: „Aber hier leben, - Nein Danke!“ - - Von welcher Band?
- 4 Welche Vornamen waren die beliebtesten für im vergangenen Jahr geborene Kinder. Nennt entweder den Namen für Mädchen oder für Jungen.
- 5 Wie viele Kinder leben laut Kinderschutzbund in Deutschland in Armut? (+/- 500.000 ist gültig)
- 6 Weroderwas ist: Apache 207?
- 7 Bis wann stand folgendes im BGB (§ 1356)? „Sie [die Frau] ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.“ (+/- 3 Jahre ist gültig)

Die Celle-Fragen dagegen waren anscheinend zu einfach – aber seht hier:

- 1 Wie lautet der Name einer ZDF-Serie aus den 1990er Jahren, deren erste Staffel in Celle spielte?
- 2 Wie viele Stufen führen auf die Aussichtsebene der Stadtkirche? (+-15 ist gültig)
- 3 Welche ehemalige Spielerin von Fortuna Celle hat zuletzt das Tor des DFB-Frauennationalteams gehütet?
- 4 Wie hieß die Bahnhofstraße in Celle von 1933 bis 1945?
- 5 Welche Postleitzahl hatte Celle bis zur Einführung des fünfstelligen Systems im Jahr 1993?
- 6 Nach welchem ehemaligen SS-Untersturmführer ist in Celle eine Straße benannt?
- 7 Von der Bürgermeisterin welcher Stadt schrieb Dr. Jörg Nigge große Teile „seines“ Wahlprogramms ab?

Ein mittelgroßer Aufreger war dann noch ein Bilderrätsel – und zwar vor allem, weil die Spielleitung nicht zwischen Quadrat und Viereck zu unterscheiden wusste.

Die Spielleitung fragte dummerweise: Wieviele Vierecke seht ihr? Hatte aber dann nicht die Lösung parat, als darauf hingewiesen wurde, dass es mehr Vierecke als Quadrate sind. Wer nichts Besseres zu tun hat, kann sich ja daran versuchen.



Trotz der – sagen wir: - überschaubaren Qualität ist das Foto unten kein Bilderrätsel, sondern zeigt das Gewinner-Team mit der Krone.





Kino 8 1/2 im Februar

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr

Mi., 05. Februar, 19.30

Der geheime Roman des Monsieur Pick

F 2019, 101 Minuten, Kinostart: 26.12.2019

07. und 08. Februar
und Mi., 12. Februar, 19.30

Knives Out – Mord ist Familiensache

Ein reicher, unbeliebter Familienpatriarch ist an seinem 85. Geburtstag ermordet worden. Als Täter kommen nur die anwesenden Verwandten oder die Hausangestellte in Betracht. Obwohl sich die Festgäste nicht als besonders kooperativ erweisen, befördern die Ermittlungen schnell eine Fülle denkbarer Motive an den Tag. Die Komödie entwickelt auf bewährten Whodunit-Pfaden eine vergnügliche Tätersuche, bei der insbesondere die Lust des illustren Darsteller-Ensembles am kostümierten Overacting für sich einnimmt.

USA 2019, 130 Minuten, Kinostart: 20.1.2020

Do., 13. Februar, 19.00, Eintritt frei

achteinhalb

Der Name achteinhalb ist inspiriert von dem gleichnamigen Film Federico Fellinis aus dem Jahre 1962. „Otto e mezzo (achteinhalb)“ handelt über die Schaffenskrise eines Filmregisseurs. Es war der achteinhalbte Film des Regisseurs Fellini (einen seiner vorherigen Filme hatte er in Co-Regie produziert). Auch Fellini musste für sein Filmprojekt einen Namen finden. Der Arbeitstitel des Films während der Produktion hieß „la bella confusione“; der französische Filmtheoretiker Christian Metz schrieb: „8½ ist der Film, in dem 8½ entsteht“. All dies passte gut zum Celler Kinoprojekt: „Wir waren ursprünglich acht Aktivisten (und mindestens ein halber, der unterstützte, war stets im Hintergrund dabei), wir fügten über kein programmatisches Konzept oder andere inhaltliche Zielvorstellungen, sondern alles war „work in progress“, war improvisiert – und wir fingen erst mal an, Filme zu zeigen und zu sehen, was sich entwickelt. Der Name sollte daher nicht vorgeben, was man vorhat, sondern das, was man tut, sollte dem Namen seinen Inhalt verleihen. Der Beginn der Kinoabende wurde folgerichtig auf 20.30 Uhr gelegt, der Eintritt betrug seinerzeit 8,50 DM (was laut Inflationsrechner heutzutage ca. 7,50 Euro entsprechen würde).“

14. Februar, 19.30 (!), Eintritt frei

Die Sieger (Director's Cut)

Zu Gast: Kameramann Diethard Prengel - mehr auf S. 28

15. Februar, 19.00

Jubiläumsfeier – 25 Jahre Kino achteinhalb

„Am Freitag, den 20. Januar, 1995 lief unsere erste öffentliche Filmvorführung (damals noch in Altenhagen). Diesen Samstag möchten wir mit unserem Publikum auf das fünf- und zwanzigjährige Bestehen des „achteinhalb – Kino & Kultur e.V.“ anstoßen. Kulinarisch laden wir Sie/Euch zu Fingerfood & Sekt und Kaffee & Kuchen ein, cineastisch zu Kurzfilmen.“ PM, 8 1/2

So., 16. Februar, 17.00, Eintritt frei

Der atmende Gott – Reise zum Ursprung des modernen Yoga

Zu Gast: Kameramann Diethard Prengel, mehr auf S. 28

21. und 22. Februar
und Mi., 26. Februar, 19.30

Alles außer gewöhnlich

Der jüdische Leiter einer privaten Hilfseinrichtung für autistische Menschen im Großraum Paris kümmert sich wenig um Regeln und Vorschriften, wenn es darum geht, seinen Schützlingen mehr Handlungsfreiheit zu ermöglichen. Deshalb kooperiert er auch mit einem ähnlich unkonventionellen Projekt eines Muslims, der sich um sozial auffällige Jugendliche kümmert. Die mit dezentem Humor und einer großen Leichtigkeit inszenierte Dramödie stützt sich auf reale Vorbilder und eine mehrjährige Beobachtung des Alltags in der Einrichtung des Vereins „Le Silence de Justes“. Auf spielerische und höchst unterhaltsame Weise trägt der Film zum Abbau von Berührungängsten bei und leistet insbesondere viel für das Verständnis von Autismus.

F 2019, 115 Minuten, Kinostart: 5.12.2019

28. und 29. Februar
und Mi., 4. März, 19.30

Die Wütenden – Les Misérables

Ladj Ly schickt in seinem Spielfilmdebüt einen Provinzpolizisten in den sozialen Brennpunkt einer Pariser Vorstadt, wo er unmittelbar Ausschreitungen und den Machtkampf zwischen Gangs und Staatsgewalt erlebt. Das packende, authentische spielt gekonnt mit Bezügen auf Victor Hugos »Les Misérables«

F 2019, 102 Minuten, Kinostart: 23.01.2020

Alles weitere unter

www.kino-achteinhalb.de

Politik, Vorträge & Theater

Sa., 01. Februar, 11.00-17.00

"Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung" - ein Argumentationstraining gegen Populismus von Rechts

Kooperationsveranstaltung der vhs mit dem Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und Aufstehen gegen Rassismus

vhs Celle, Trift 17, Raum 3 – gebührenfrei, aber Anmeldung erforderlich!
Kurs-Nr.: CE1216

Di., 04. Februar, 19.00

Dimensionen der Mittäterschaft. Die europäische Kollaboration mit dem Dritten Reich

Dr. Klaus Kellmann, Kiel

Synagoge Celle, Eintritt frei

Fr., 07. Februar, 17.30

Riseup 4 Rojava – aber wie?!

Die Revolution in Rojava ist vor allem eine Frauenrevolution. Was bedeutet es solidarisch mit dieser zu sein? Setzen wir die Werte und Prinzipien, die uns daran so sehr begeistern, in unserem Alltag überhaupt um?

[...] Vielerorts haben sich insbesondere in den verschärften Kriegphasen Komitees und Gruppen zusammen gefunden, um den Protest zu organisieren. Aber wie?!

Wir wollen über das Miteinander in unseren Zusammenhängen und Gruppen reden. Was ist das kapitalistische Patriarchat und wie wirkt es auf unsere politischen Arbeiten? Um mit der Frauenbefreiung wirklich solidarisch zu sein, müssen wir unsere Lebens- und Arbeitsweisen hinterfragen. Denn: Patriarchales Verhalten in unseren eigenen Reihen hemmt unsere gesamten Zusammenhänge. Vor allem FrauenLesbenInterNonbinariesTrans* müssen deswegen viel Zeit und Energie investieren, die für andere aufbauende revolutionäre Arbeiten wie Bildung, Aktionen und Aufbau von Netzwerken dann fehlen. Das wollen wir gemeinsam verändern!.

Buntes Haus

So., 09. Februar, 14.30

Gewalt, Gier und Gnade - Der KZ-Kommandant Adolf Haas und sein Weg nach Wewelsburg und Bergen-Belsen

Vortrag und Buchvorstellung von Jakob Saß (Berlin)

Ort: Gedenkstätte Bergen-Belsen, Filmraum, Eintritt frei

So., 09. Februar, 19.00

(Dis)kurswechsel

Lesung mit Oskar Ansell

Die 1960er Jahre bilden eine große Umbruchphase in der deutschen Literatur ab. Ein Kurswechsel setzt mit den Publikationen der Generation der Kriegs- und Nachkriegskinder ein, begleitet von den Stimmen derer, die 1933 bis 1945 (und danach) totgeschwiegen wurden. Ansell stellt Texte, Autorinnen und Autoren der Zeit unterhaltsam und kritisch vor.

Kino im Bomann-Museum, 5,00

Mi., 12. Februar, 18.30

Fridays for Future diskutiert ...

vhs Celle, Trift 20 (Saal), gebührenfrei – mehr S. 5

Do., 13. Februar, 19.00

Ungesüht. – Verschwiegen. – Ein Heimatbild. Eine Installation von Peter Barth

Einführung: Meggie Hönig, Kunsthistorikerin

Synagoge Celle, Eintritt frei

Do., 13. Februar, 19.30

Parents and People For Future

Kunst & Bühne

Fr., 14. Februar, 11.30

Fridays for Future

Demonstration

Beginn: 11.30, Stechbahn

Mo., 17. Februar, 19.30

Neuer Antisemitismus in Deutschland!?

Vortrag und Gespräch mit Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

Nach dem Vortrag diskutieren Dr. Felix Klein, Dorit Schleinitz, Dr. Thomas Rahe und Enno Stünkel - moderiert von Dr. Friedrich Hauschildt.

Stadtkirche,, Eintritt frei

Di., 25. Februar, 18.30

Infoveranstaltung zu „Rheinmetall entwaffnen“

Buntes Haus

Di., 25. Februar, 19.30

Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen? Die heimlichen Herrscher und ihre Gehilfen

Jens Berger (Nachdenkseiten)

Veranst: Rosa Luxemburg Stiftung

Kino 8 ½, Eintritt frei

Do., 27. Februar, 19.00

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Dr. Dagmar Pruin, Programmdirektorin Aktion Sühnezeichen, und die ehem. Freiwillige Carmen Stamm

Synagoge Celle, Eintritt frei

Mi., 25. März, 19.00

Max Czollek, Desintegriert euch!

Synagoge Celle, Eintritt frei

Do., 26. März, 18.30

Ohne Auto leben

Jens Knierim, Berlin

Veranst.: vhs Celle und RLS Niedersachsen

vhs Celle, Trift 20 (Saal) gebührenfrei – mehr auf S. 13

Konzerte & Partys

Sa., 01. Februar, 20,00

Like Lovers

MS Loretta, ??

Sa., 01. Februar, 20,00

Element 562

Kunst & Bühne, 15,00

Sa., 01. Februar, 20,00

Martin Connell & the true Dramatics

CDK, ab 15,00

Fr., 07. Februar, 19,30

Katona Twins

Beckmann Saal, 16,00

Sa., 08. Februar, 21,00

Return of the living Punk – mit:

Versaute Stiefkinder, Regional ExZess, Pißscharge, Frau von Schepperkrach

Buntes Haus, 3,00

Sa., 08. Februar, 20,00

Elizabeth Lee & Bet Williams

Kunst & Bühne, 15,00

Sa., 08. Februar, 20,00

Imperial Thunfisch (Psychedelic Indie Rock aus Belgien)

MS Loretta, 10,00

Sa., 08. Februar, 20,00

Carlini, Dodo Leo & Martin

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 08. Februar, 22,00

CellShock Party

CDK, 12,00

Sa., 15. Februar, 20,00

Marys Forbidden Dreams

Celle was geht, Hut geht rum

Mi., 19. Februar, 20,00

Big Bands "Fette Hupe" und "Tonspur"

Schlosstheater Celle, Hauptbühne

Fr., 21. Februar, 19,00

Jazz Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 21. Februar, 20,00

Suzy Starlite & Simon Campbell

café nebenan Winsen, 14,00

Sa., 22. Februar, 20,30

Suzan Köcher`s Suprafon

MS Loretta, 10,00

Fr., 28. Februar, 20,00

Morgan Finlay

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Fr., 28. Februar, 20,00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Fr., 28. Februar, 20,00

Afrikanischer Abend mit Christian Bakotessa

Kunst & Bühne, 10,00 / 15,00

Fr., 28. Februar, 20,00

Holmes & Watson

Kaffeegarten Sülze, ??

Fr., 28. Februar, 20,00

Mutz & Gäste #6

auch Sa., 29.2., und So. 1.3. (19,00)

Schloßtheater, ab 27,00

Sa., 29. Februar, 19,30

Die lange Nacht der Poesie

CDK (Halle 16), ab 28,50

Sa., 29. Februar, 20,00

Licia Chery

Kunst & Bühne, 18,00

Sa., 29. Februar, 20,00

Die Improkokken (Impro-Theater)

CDK (Halle 13), ab 9,30

Fr., 06. März, 20,00

Tal Arditri Trio

Beckmann-Saal, 15,- / 10,-

Fr., 06. März, 20,00

Fee Badius

Singer/Songwriterin aus HH

Gajah, ??

Sa., 07. März, 20,00

Dani de Zan & Roger Tietze

Kaffeegarten Sülze, 10,00

Fr., 13. März, 20,00

Pertiet - Gugolz - Müller // The European Blues & Boogie Woogie-Trio

Büchtmannshof, Wieckenberg, 33,00

Sa., 14. März, 20,00

Cream Flow

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Do., 19. März, 20,00

Matthews Southern Comfort

CDK, ab 29,60

Fr., 20. März, 20,00

Organ Explosion

Garnisonkirche, 25,00

Fr., 20. März, 21,00

Freedom – The Party

CDK, 7,00

Fr., 20. März, 20,00

Lennart Smidt Solo

café nebenan Winsen, 14,00

So., 22. März, 20,00

Michy Reincke

CDK, ab 30,00

Fr., 27. März, 20,00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 28. März, 21,00

Bossttime - Europes No. 1 Bruce Springsteen Tribute Band!

CDK, ab 23,00